7. Jahrgang,
Nummer 268

Montag,
23. November 1925

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis wöchentlich 0,40 Mk., monatlich 1,60 Mk. Einzelnummer 10 Pfg. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifband 2,50 Mk. — Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pfg., Vereins- u. Versammlungs-Anzeigen 6 Pfg. Reklamepreis: Die 3 gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pfg. Postscheckkonto: Breslau 544.

Mit den Gratisbeilagen:
„Der Rote Stern", „Der Kommunistische Gewerkschaftler", „Rote Hilfe"
„Die Kommunistin", „Der Genossenschaftler", „Tribüne", „Der Jungprolet"

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 3837. Filialexpeditionen: Liegnitz, Dänemarkstraße 40. — Schluß der Inseraten-Annahme morgens 9 Uhr. Geschäftszeit 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Redaktion: Breslau, Trebnitzer Straße 50. Telephon: Breslau, Ring 3837. Sprechzeit für Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, mittags 12—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6—7 Uhr.

Bleibt Luther Reichskanzler?

Bis jetzt noch keine Ablehnung durch die SPD.

(Eig. Drahtb.) Berlin, 23. November.

Die bürgerlichen Blätter wissen über die Absichten der Lutherregierung folgendes zu melden:

„Luther wird heute seine große Rede halten. Die Regierung hat die Absicht, die Gesetze über Locarno und den Eintritt in den Völkerbund für dringend zu erklären, um jeden Versuch, die Verkündigung auf Grund des Artikels 72 der Verfassung um zwei Monate auszusetzen, zu vereiteln. Luther will die Demission seines Kabinetts nach Unterzeichnung der Verträge ankündigen. Die „Welt am Montag" meldet, daß die Behauptung falsch wäre, daß die Sozialdemokraten gegen eine Wiederkehr Luthers als Reichskanzler protestiert hätten. Die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion hätten bei keiner Besprechung irgendwelche Wünsche über die Person des künftigen Kanzlers geäußert. Die Demokraten arbeiten auf die große Koalition hin, wollen aber auch in ein Kabinett der kleinen Koalition, wenn die Sozialdemokraten den Bund eröffnen."

*

Der Wortlaut des Locarno-Gesetzes

Berlin, 23. November. Der Entwurf eines Gesetzes über die Verträge von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist dem Reichstag zugegangen. Er hat folgenden Wortlaut:

„Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrates hiermit verkündet wird:

Artikel 1. Den Verträgen, die dem am 16. Oktober 1925 in Locarno unterzeichneten Schlußprotokoll beigefügt sind, und am 1. Dezember 1925 in London unterzeichnet werden sollen, nämlich: 1. dem Vertrag zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien, 2. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Belgien, 3. dem Schiedsabkommen zwischen Deutschland und Frankreich, 4. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und Polen, 5. dem Schiedsvertrag zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei, wird zugestimmt. Das Schlußprotokoll und seine Anlagen werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erforderlichen Schritte zu tun.

Artikel 3. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündigung folgenden Tage in Kraft.

Im Reichsrat wurde das Gesetz gegen die Stimmen von Mecklenburg, Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien und unter Protesten von Bayern, Hessen, Württemberg, Braunschweig angenommen.

*

Ludendorff gegen den „Retter"!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 23. November.

Der grause Ludendorff schleudert im „Völkischen Kurier", dem Leiborgan Adolfs des Verflossenen, fürchterliche Blitze gegen seinen Exkollegen Hindenburg, der sich erkühnt, für den Locarnovertrag einzutreten. Mit der eigentümlich christlich-germanischen Bescheidenheit schreibt der verhinderte Weltkriegslieger:

„Ich habe dereinst mit dem Generalfeldmarschall von Hindenburg Ehre und Ruhm geteilt und ich darf es aussprechen, seinen Ruhm erhöht. Heute krampft sich mein deutsches Herz zusammen, wenn ich sehe, wie der Generalfeldmarschall im Begriff ist, seinen Ruhm zu opfern... Sollte allerdings der Reichspräsident die Locarnopolitik für richtig ansehen, dann muß jeder deutsche Mann sein Haupt verhüllen. Dann ist die Reichspräsidentenschaft des Generalfeldmarschalls eine Gefahr für den nationalen Willen geworden... Mögen die Eberts, die sich der Revolution gerühmt haben, ihren Namen unter einen derartigen „Vertrag" setzen; der Name des Generalfeldmarschalls von Hindenburg gehört nicht darunter, das ist der Generalfeldmarschall zumindestens seinen alten Mitkämpfern schuldig."

Der „Retter" wird sich um die drohenden Blitze Ludendorffs ebensowenig kümmern, wie es z. B. der Rassenapostel Pinter im thüringischen Landtag tat, als er durch seinen Fraktionssprecher Marschler-Ilmenau erklären ließ: „Selbstverständlich stehen wir in dieser Frage (nämlich in der Frage des Locarnopaktes, D. Red.) hinter der Regierung. Wir stimmen dem Vertrag zu, denn wir müssen doch als Realpolitiker das kleinere Uebel wählen."

Seeckt nicht mehr Oberbefehlshaber der Reichswehr!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 23. November.

Die Reichsregierung ist in großer Dienstfertigkeit den Forderungen der Ententeregierung nachgekommen, die sich auf die Stellung des Generals v. Seeckt, als den Oberbefehlshaber der Reichswehr beziehen. Nunmehr werden die sieben Reichswehrgruppenkommandos direkt dem Reichsministerium untergeordnet werden.

Nach einem Weißbuch, das am Sonnabend dem Reichstag übergeben wurde und das eine Vereinbarung zwischen Reichsregierung und Generalsekretär der Botschafterkonferenz enthält, wird der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr sein, während der Reichswehrminister unter ihm die Befehlsgewalt auszuüben soll. Der Chef der Heeresleitung, also Seeckt, soll in Zukunft nur der militärische Berater des Reichswehrministers sein.

Selbst bürgerliche Blätter, so der „Montag Morgen" betonen, daß es sich dabei nur um eine „formelle Aenderung" handele. Immerhin zeigt diese Aenderung, wie bereitwilligst die Reichsregierung die Entwaffnungswünsche der Entente erfüllt.

Gegen die Mussolini-Verbrechen!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 23. November.

Die Nachrichten aus Italien werden immer eindeutiger. Nunmehr sind nach den längst verbotenen kommunistischen Zeitungen auch die letzten oppositionellen bürgerlichen und selbst katholischen Blätter unterdrückt worden. Die Kommunistische Partei Deutschlands, die kommunistische Reichstagsfraktion, haben an die kommunistische Fraktion der italienischen Kammer folgendes Telegramm gesandt:

„Mit Entrüstung protestieren wir gegen die von der faschistischen Kammermehrheit durchgeführten unerhörten brutalen und feigen Vergewaltigung der proletarischen Opposition, die durch Euch vertreten wird. Wir beglückwünschen Euch und die Kommunistische Partei Italiens zum mannhaften Auftreten gegen die faschistische Diktatur, das trotz aller Großsprecherei der Faschisten zum Erfolg führen wird. Die deutschen Arbeiter verfolgen mit größtem Interesse das schwere Ringen der italienischen Arbeiter und Bauern."

Vom Tage

Die Demokraten haben im Preußischen Landtag einen Urantrag eingebracht, daß die ehemaligen Fürstenhäuser keine höhere prozentuale Abfindung erhalten dürfen als die kleinen Besitzer der Staatsanleihen.

Am zweiten Tag des Prozesses gegen die drei ostpreußischen Arbeiter ließ der Staatsgerichtshof die Oeffentlichkeit ausschließen, um zu verdecken, woher die Arbeiter die fraglichen Waffen erhalten haben.

Bei Hindenburg fanden zwei Bierabende statt, an denen je 350 Gäste teilnahmen. Galonierte Diener in Kniehosen, Lackschuhen, weißen Wadenstrümpfen und silberverzierter Livree bedienten die Gäste.

Reichsjustizminister Dr. Frenken hat an den Reichskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er um sofortige Entlassung ersucht.

Nachdem die französische Kammer infolge der Stellungnahme des Sozialisten Blum, ein Finanzmoratorium abgelehnt hatte, ist das Kabinett Painleve erneut zurückgetreten.

In einem Archiv in Leningrad wurde die Geheimkorrespondenz des Zaren mit dem englischen König und Poincare gefunden.

Als die Abgeordneten der ägyptischen Oppositionsparteien, bekanntlich die Parlamentsmehrheit, am Sonnabend vormittag ins Parlament gehen wollten, fanden sie dieses durch ägyptische Polizei und englische Truppen abgesperrt. In einem Privathotel wählte das Rumpfparlament Galgul Pascha zu ihrem Präsidenten.

Der Waldenburger Stadtbankprozeß

Ein schlesisches Panama

B—e. Breslau, 23. November.

Heute beginnt vor dem Schöffengericht in Waldenburg der Prozeß über den Waldenburger Stadtbankskandal, für den 4 Wochen vorgesehen sind. 4 Wochen lang wird die schlesische Bevölkerung, trotz der zweifellos vertuschenden Prozeßregie, doch Gelegenheit haben, etwas unverhüllter als sonst das Gesicht der kapitalistischen Korruption zu sehen. Vor ihr werden sich die Vertreter der herrschenden Klasse in den Behörden und Körperschaften in ihrem wahren Wesen enthüllen, das sonst unter Zylinder und Frack verborgen bleibt.

Worum geht es in diesem Prozeß? Die Kriegszeit, die Novembertage und die Inflationsjahre haben — oft über Nacht — Vermögen entstehen und vergehen lassen. Angehörige der Bourgeoisie, Minister, Reichstagsabgeordnete, Landräte, Bürgermeister, Amtsvorsteher, Konsumverwalter, Gewerkschaftsangestellte und ihre Nachläufer bis in die Reihen des Proletariats hinein wurden von dem schnell und leicht entstehenden Vermögen geblendet. Sie versuchten ebenfalls, sich erfolgreich an dem Tanz um das goldene Kalb zu beteiligen. Gleich dem Adel in den Monaten vor der großen französischen Revolution, gab auch die deutsche Bourgeoisie die Parole heraus: „Bereichert Euch!"

Wie überall in Deutschland, so auch in Waldenburg. Hier waren es ehrenwerte Herren, der Stadtbankdirektor Rühle, der Prokurist Schlüter, der Oberbürgermeister Dr. Erdmann, der Bürgermeister Brennecke-Friedland und außer ihnen einige andere — heute noch im Hintergrund befindliche — einflußreiche Personen, die mit den eingehenden städtischen Steuergeldern und dem sonstigen städtischen Vermögen für ihre eigene Tasche spekulierten. Nach Monaten wurden dann zu längst überholten Kursen die Buchungen vorgenommen. Um Zehn- und Hunderttausende wurde das Stadtsäckel geprellt. Als dann die Stabilisierung im November 1923 kam, war die gute Zeit der mühelosen Schiebungen vorbei. Andere Mittel und Wege mußten gefunden werden. Die Geldknappheit war damals bekanntlich noch größer als heute. Aus allen möglichen städtischen Sparkassen Deutschlands nahmen die ehrenwerten Waldenburger Finanzgenies Anleihen auf. Der Waldenburger Bevölkerung wurde erklärt, daß mit den Geldern den Waldenburger Gewerbetreibenden geholfen werden sollte. In Wirklichkeit gründete man — weitab vom Schuß — in München eine sogenannte „Wirtschaftsbank Bayern" — in Wirklichkeit eine üble Schiebergesellschaft — und verschob nach dort und nach einigen anderen Stellen die auf den guten Namen der Stadt Waldenburg eingegangenen Gelder in Höhe von Mk. 2 500 000 Goldmark. Bald kam der Schwindel heraus. 1½ Millionen waren aber schon futsch! Nur zwei der Schieber wurden verhaftet. Der ehrenwerte Oberbürgermeister Dr. Erdmann starb an „Herzschlag". Gift bringt bekanntlich auch ein Schieberherz zum Stillestehen. Vor seinem „Herzschlag" brachte es der ehrenwerte Oberbürgermeister noch fertig, zu lächerlichen Bedingungen die Stadtbank Waldenburg zu verschachern. Die schönen Zeiten für die Schiebungen waren eben vorüber. Hilfe bekam er ausgerechnet von den Direktoren Hermanneck und Stadtrat Dr. Prescher, Breslau, Leiter der Schlesischen Kommunalbank, für die selber die Inflationszeit eine recht zweifelhafte Erinnerung ist. Nach dieser letzten Großtat hörte das Herz des edlen Oberbürgermeisters auf, zu schlagen. Er hatte es verstanden, zur rechten Zeit zu sterben.

Gegen die noch am Leben gebliebenen der edlen Schiebergemeinschaft findet nunmehr der Prozeß statt. Mancher Arbeiter wird fragen: Was interessiert uns der? Wir kennen das alles doch von Barmat, von den Zitzewitzen, von der Landesfandbriefanstalt und von der Klau- und Badezimmer-Gräfin Bothmer. Und doch interessiert uns dieser Waldenburger Stadtbankskandal sehr! Es ist von großer Bedeutung für die schlesische und Waldenburger Bevölkerung, daß sie sieht, wie ausgerechnet in Waldenburg, der Stadt des ungeheuerlichsten Elends, der Stadt mit den einstubigen Wohnungen, in denen zwei und drei Generationen hausen müssen, der Stadt des jammervollen Kinderelends und der Tuberkulose, wie in dieser Stadt, deren Namen im ganzen Reich einen schauerlichen Klang hat, die „edelsten der Bürgerschaft" solch schamlose Schiebungen und Betrügereien vollbrachten. Gewiß interessiert uns es nicht in der Hauptsache, wenn in dem Prozeß die noch lebenden Angeklagten dem toten Bürgermeister die Hauptschuld zuschieben werden, oder wenn die Betrogenen solches Material gegen die Waldenburger Stadtverwaltung bringen werden, daß selbst Kapitalisten ihr kein Stück trocken Brot mehr geben werden. Aber uns interessiert das Schlaglicht, das auf diese gesamten Korruptionszustände geworfen wird. Mag der Prozeß mit hartem oder mildem Urteil ausgehen, davon haben die werktätige Bevölkerung und die Gewerbetreibenden nicht viel. Eines steht auf

alle Fälle tot. Die 1½ Millionen Defizit werden durch neue höhere Steuern gedeckt werden, d. h. die Massen werden sie tragen müssen!

Ein Mitschuldiger wird nicht auf der Anklagebank sitzen: Die Sozialdemokratische Partei mit ihrer Waldenburger Führerschaft. Sie hatte und hat ihre Vertreter in allen Körperschaften der Waldenburger Stadtverwaltung. Sie mußte die Korruptionsschweinereien kennen und kannte sie. Und trotzdem tat die SPD. nichts! Im Gegenteil, sie stellte sich schützend vor die belasteten „Stadtväter". Sie tat das, da sie sonst zumindestens ihren Vertreter im Magistrat, Dikreiter, hätte kloßstellen müssen, der nicht so „rein" dasteht, wie es die sozialdemokratische „Bergwacht" den ausgehungerten Waldenburger Kumpels so eifrig erzählt. Dikreiter hat Aktien von dieser Schieberbank auf den „guten Rat" des Oberbürgermeisters gekauft. Mag der Wert groß oder klein sein, entscheidend ist, daß dieser „Sohn des Volkes" mit beiden Händen danach griff, Aktionär zu werden. Wenn die „Bergwacht" nach der Haltet den Dieb-Manier im Verlaufe des Prozesses herumhacken wird, so hat sie kein Recht dazu. Sitzt sie doch selbst im Glashause!

Die Kommunistische Partei war die einzige, die, als im vorigen Jahr dieser Sumpf ans Tageslicht kam, rücksichtslos eingriff und die Verantwortlichen an den Pranger stellte. In Zeitungsartikeln und in einer Broschüre deckte sie den vollen Umfang der Betrügereien auf. Sie hat sich damit vor allem vor den Waldenburger Kumpels als der rücksichtslose Vertreter des betrogenen kleinen Mannes gezeigt. Es ist gut, daß dieser Prozeß 8 Tage vor den Provinziallandtags- und Kreistagswahlen beginnt. Er wird den kleinen Leuten, den Kleinbürgern, Handwerkern, den Kleingewerbetreibenden, aber auch den kleinbürgerlich eingestellten Arbeitermassen, die den sogenannten famosen Ordnungsparteien nachlaufen, ein Bild geben von der wahren bürgerlichen „Wohlanständigkeit" und „Korrektheit" ihrer Vertreter. Insbesondere die sozialdemokratischen Massen werden dann einmal sehen, welche Zustände in den kommunalen Körperschaften herrschen, in denen ihre Führer Einfluß haben. Wir hoffen, daß die 28 Tage Waldenburger Schmutzprozeß dazu beitragen werden, auch in Schlesien den internationalen „Ruck nach Links" zu verstärken.

Gegenüber der Parole der faulenden, herrschenden Klasse: Bereichert Euch! wird er die Notwendigkeit der kommunistischen Losung: Durch Sturz der kapitalistischen Raubgesellschaft zum Wohlstand für alle! mit letzter Deutlichkeit zeigen.

Eine neue Monarchistenoffensive!

Heute Millionen — morgen die Kronen

Die in der Novemberrevolution „auf Wartezeit" abgebauten Monarchen Deutschlands wittern schon seit langem Morgenluft. Dafür ist besonders bezeichnend die Reihe von Prozessen, die seit Monaten angestrengt wurden, um die „enteigneten" Vermögen zurückerstattet oder ersetzt zu erhalten. In Thüringen ist in dieser Beziehung ein nettes Bouquett zustande gekommen, denn dort handelt es sich um sieben frühere Potentaten im Format von Simplizissimus, die gegen das Thüringer Land klagend vorgehen.

Der frühere Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Karl Eduard, seines Zeichens englischer Prinz, kann sein fürstliches Haupt auf den durch landesväterliche Sorgen unbeschwerten Schultern tragen; er hat jetzt erreicht, daß ihm mit Unterstützung des früheren Reichsministers Jarres vom Reichsgericht alle früheren Besitztümer zurückgegeben, aber die vom Land Thüringen übernommenen Lasten, insbesondere die Versorgung der zahlreichen ehemaligen Hofbeamten weiter abgenommen werden. Es handelt sich um sieben Oberförstereien mit einer Gesamtfläche von 20 000 Hektar, vier große und mehrere kleinere Bergwerkbetriebe, Schloß Friedenstein, Schloß Reinhardsbrunn, 994 einzelne Wiesen- und sonstige Grundstücke und zwei Domänen; außerdem um die Gothaer Kunstinstitute, das Museum, die Landesbibliothek und die Sternwarte.

Der Herzog Ernst von Altenburg verlangt eine Million, der Fürst Günther von Sondershausen 21 Domänen und 19 000 Hektar Wald, obgleich letzterer 210 000 jährliche „Gewerbelosenunterstützung" erhält.

Noch frecher ist der Herzog von Meiningen, der seine Abfindung von 10 Millionen Mark durch Reichsgerichtsurteil mit hundert Prozent aufgewertet erhalten soll. Der Großherzog von Weimar erhielt vom Oberlandesgericht Jena eine jährliche „Rente" von 100 000 M. zuerkannt.

Die Ansprüche der 1918 in die Löcher gekrochenen Potentaten sind der Ausdruck der innerpolitischen Zustände in der deutschen Republik. Wen würde es wundern, wenn morgen ein deutsches „republikanisches" Richterkollegium den Herren von Gottes Gnaden auch ihre „enteigneten" Kronen zu spräche? Schon erklärte der „Demokrat" Oeßler, daß man es den Bayern überlassen müsse, wenn sie einen König haben wollen.

Der monarchistische Spuk kann nur durch die Front der Werktätigen in Stadt und Land gebändigt werden. In Sowjetrußland gibt es keine Fürstenprozesse, denn dort haben die herrschenden Arbeiter und Bauern die Romanoffs und ihre Sippe so enteignet, daß ihnen jede Lust zur Wiederkehr vergangen ist. In Deutschland haben die Südekum und Hirsch mit Hilfe der monarchistischen Parteien die revolutionäre Arbeiterschaft von der Macht zurückgedrängt und werden auch in Zukunft nichts Ernsthaftes gegen die Vorstöße der Monarchisten tun.

Konkurs bei der Aga

(Eig. Drahtber.) **Berlin**, 23. November.

Am Montag wurde von der Gläubigerversammlung der Aga beschlossen, Konkurs anzumelden. Die Aktienschenkung, die Edmund Stinnes damals vornahm, ist damit **wertlos** geworden. Es verlautet, daß die Werte dieses Aktienpaketes eingeklagt werden sollen.

Der Idiot in Amerongen

Aus England wird berichtet:

„Der ‚Evening News' veröffentlicht ein Interview mit einem der ehemaligen Generaldirektoren der berühmten Werft von Harland u. Wolff in Belfast, Mr. Alexander Carlisle, der in seiner Eigenschaft „eines alten und intimen Freundes Wilhelms II." ein Weekend in Doorn verbracht hat.

Begeistert erklärte der alte Herr: ‚Doorn ist ganz wie Potsdam. Der Kaiser und seine Umgebung setzen sich in glitzernden, ordenübersäten Uniformen zu Tisch. Die Kaiserin ist in großer Staatstoilette. Der Kaiser sieht jünger aus als vor dem Kriege, obwohl sein Bart ganz weiß geworden ist.'"

Klerikale Köpfe

vom Parteitag des Zentrums in Kassel

Kassel, November 1925.

Dr. Marx, Jurist, Reichskanzler a. D., sozialdemokratischer Reichspräsidentschaftskandidat, Vorsitzender aller klerikalen Schulorganisationen und Reichsbannermann spricht, das heißt liest seine schriftlich niedergelegte große Parteitagsrede sorgfältig und monoton, wie eben nur korrekte Juristen zu lesen vermögen, vom Blatt ab. Der erste Eindruck ist: Mittelmäßigkeit. Wahrhaftig, dieser Mann hat alles an sich

Korrektheit, Arbeitseifer, Routine,

alles, nur nichts Geniales, nur nichts von einem Führer. Wie er so seine schriftlich fixierten Sätze herunterliest, merkt man es ihm förmlich an, daß er davor zittert, anzurecken, sei es bei Monarchisten im Zentrum oder bei seinen republikanischen Reichsbannerfreunden.

Ohne daß auch nur die kleinste Muskel in seinem völlig undefinierbaren, gottgegebenen Gesicht zuckt, entwickelt er sein Programm der Programmlosigkeit: Nach links — natürlich Weimarer Verfassung — selbstverständlich! Aber auch die Tür nach rechts darf nicht geschlossen werden: Steuer-, Zoll- und Aufwertungspolitik der Luther-Regierung — — das war alles im Interesse des Vaterlandes und von Staatsnotwendigkeiten diktiert!

Einmal mußte Marx seinen knallrot gewordenen Kopf senken,

als ihn Wirth wegen seines Reichsbannerradikalismus in der öffentlichen Kundgebung ganz im Gegensatz zu seinen wohlstilisierten Sätzen vor den Parteitag-Honorationen auszog und — in viel zu harster Form — sein Tragen auf zwei Schultern brandmarkte. Und noch einmal ward diesem edlen Mittelmaß von Dr. Wirth die Wahrheit gesagt, als dieser ganz richtig feststellte, daß Marx zwar das äußere Firmenschild des Zentrums, der schwarz-weiß-rote Stegerwald aber der eigentliche Führer ist. Herr Marx biß sich auf die Lippen.

Marx nehm nicht die gewöhnliche, heidenmäßige, die profane Rede, sondern eine gottwohlgefällige, eine echt klerikale. Wirth hatte die Rede des Priesters und Professors Schreiber eine Sonntagsnachmittagsbredigt genannt. Und in einer ganzen christkatholischen Größe erhebt sich der Reichsbanner-Marx. Mit dem zitternden Pathos der Jesuiten in der Stimme protestiert er gegen diese „Verächtlichmachung unseres heiligen Priesterstandes". Wahrhaftig! Alles nacht ein todfrommes Gesicht, als ob ein Bischof im Ornat und umgeben von Weihrauchdampfwolken über die Sündhaftigkeit der Welt spricht. Das ist Marx und das ist — Klerikalismus.

*

Fehrenbach, ebenfalls Jurist, Präsident der deutschen Nationalversammlung, ist der Mann, bei dem man immer Angst hat, daß er entweder zu weinen oder zu beten anfängt. Dabei kein schlechter Redner. Kann manchmal trotz seines ewig weinerlichen Untertons ganz witzig sein und sogar dazu lachen.

Fehrenbach hielt die Vorbereitungsrede für die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei. Wie er das machte, war echt Fehrenbach.

Wir mußten, sagt er, die Zoll- und Steueropposition verhindern. Warum? Ganz einfach, weil ihm, dem 74jährigen Mann doch keiner zumuten könne, bei der Hitze damals täglich solange im Reichstag zu sitzen. Ach, wir hatten doch damals — und er variiert, der alte Schäfer, seinen Namen Fehrenbach selbst in

Ferkenbach

— alle Ferken so, so dringend nötig. Erwürgung der Opposition? — Ist ja Unsinn! Die Leute hatten doch genug Zeit in den Kommissionssitzungen herumzureden, was brauchen die noch im Plenum Agitationsreden zum Fenster hinaus halten. Und dann der echte Fehrenbach, Händefalten, frommer Augenaufschlag gen Himmel und tiefer Pathos:

Und mit dieser Abwürgung der Opposition gehe ich getrost in die Ewigkeit.

Basta! Dieser gute, alte Herr war mal Reichskanzler. Armes Deutschland!

Dr. Wirth muß man ernster nehmen. Er hat Format, ein falsch zugeschnittenes, aber doch Format. Ironie des Schicksals, daß alle Welt glaubt, das demokratische Republikanertum sei der Grundzug seines Wesens. Das stimmt gar nicht. Sein hervorstechender Zug ist flammender Katholizismus, der sich merkwürdig innig und auffallend interessant vermengt mit einem stark entwickelten politischen Geruchsorgan. Warum hält dieser Wirth eine wirklich guten und fulminanten Reden, warum beschwört er die Einsichtslosen seiner Partei, doch endlich dem republikanischen Gedanken wirklich Raum zu geben? Sagen wir es in seinen eigenen ungefähren Worten:

Meine Herren Adligen in der Zentrumspartei, es ist nicht recht von ihnen, mich zu befehden,

habe ich denn nicht die beste antirevolutionäre Arbeit geleistet?

Und sie um Stegerwald vergessen sie nicht, daß es auf uns Katholiken ankommt, ob die deutsche Republik eine antiklerikale wird. Gehen sie den Rechtskurs der französischen Katholiken, dann wird unsere heilige Mutter, die Kirche, auch in Deutschland Anfechtungen erfahren. Ich beschwöre sie alle, versperren sie sich nicht dem demokratischen Zug der Massen. Tun sie es, dann fallen sie dem Radikalismus anheim, unser Zentrumsturm aber stürzt zusammen. Ich für meinen Teil werde niemanden aus dem Zentrum herausführen.

Und Wirths Gedanke der Erfüllungspolitik bis zum letzten entspringt der Erkenntnis irgendwelcher internationaler Notwendigkeiten oder hat er eine Ahnung von imperialistischen Kräften? Mitnichten. Die Idee der Universalität seiner Kirche beherrscht ihn vollkommen!

Darum hat ihm auch Marx bitter unrecht getan, als er ihn der Achtungsverletzung des „heiligen Priesterstandes" zieh. Prälat Schofer stellte das denn auch richtig. Wirth sei der treueste Sohn der Kirche. Schon als Student sei er

immer der erste hinter dem Allerheiligsten

in der Prozession gewesen und in Genua habe er alle die anderen mehr oder weniger heidnischen Staatsmänner durch den Besuch des sonntäglichen Hochamts in der Kirche beschämt.

*

Und dann tritt Stegerwald auf. Keine Solidarität wie Marx, kein weinerliches Pathos wie Fehrenbach und auch keine glühende Beredsamkeit wie Wirth. Keifend und rechthaberisch, mit allen Hunden gehetzt — das ist der Stegerwald, der Führer der christlichen Gewerkschaften, von dem Wirt sagt, er sei

der eigentliche Führer der Partei.

Wenn man ihn so hört, möchte man's anfangs nicht glauben. Aber je aufmerksamer und je länger man seine gerade nicht eleganten Worte prüft, desto mehr erkennt man den gerissenen Taktiker. Fällt den alten Fuchs gar nicht ein, sich durch Wirth aus dem Bau locken zu lassen. Er sagt das, was ihm gefällt, und nicht das, wodurch ihn seine Gegner sozusagen auf die Schaufel nehmen wollen. Republik — Monarchie? Zwei Klippen, zwischen denen Herr Stegerwald geschickt hindurchsegelt. Auch er offenbarlich ein glühender Klerikaler. Merkwürdig nur, Wirth, der Mathematikprofessor, ist es von links her, er aber, der jahrzehntelang Gewerkschaftler ist, will

von rechts her zum selben Ziel.

Stegerwald drückt das so aus: Wirth will einen schnurgraden Weg, ich aber gehe auch mal krumme Pfade, um dadurch um so schneller das uns gemeinsame Ziel zu erreichen.

Was, ihr werft mir vor, ich paktiere mit den Deutschnationalen, ruft er an einer Stelle aus, wißt ihr denn nicht, daß ich das tun muß, um die Existenz der christlichen Gewerkschaften zu gewährleisten. Und seid ihr wirklich so blind, um nicht zu sehen, daß mit dem bedrohten Bestand der christlichen Gewerkschaften auch eure Existenz als christliche Partei des Bürgertums bedroht ist?

Nein, die wohlgenährten Herren unten im Parkett, der ewig schweigsame Klöckner sowohl wie alle die Schwarzröcke, sind wirklich nicht so blind. Darum bekommt ja auch Stegerwald eine andere Rolle zugewiesen als Wirth. Aber deswegen etwa die Partei spalten? Einfach lächerlich!

*

Und sie feiern das Versöhnungsfest. Die Arbeiter im Zentrum sind die Dummen dabei.

Peter Maslowski.

10 772,35 Mark für die Parteioffensive!

Bis zum 19. November gingen bei der Kasse des 3. K. für das Parteinotopfer ein:

bis 11. November (bereits veröffentlicht) und 1 Dollar	6 805,35 M.
Prol. Spielgemeinschaft, Berlin	50,— „
Von Sympathisierenden: A. A., Berlin	5,— „
Karl P., Berlin	10,— „
Witwe A. B. und Tochter, Berlin	20,— „
Jungang, Tegelhof	50,— „
Verlag Rote Fahne	415,— „
Bezirk Berlin für Marken	643,— „
Genossen aus Festung Groß	22,— „
von einem Gewerbslosen	3,— „
von Angestellten	1 638,75 „
vom Bezirk Frankfurt	95,— „
„ „ Ostpreußen	43,— „
„ „ Bremen	85,75 „
„ „ Halle	39,— „
„ „ Hamburg	269,50 „
„ „ Leipzig	125,— „
„ „ Leipzig	75,— „
„ „ Chemnitz	183,50 „
„ „ Hamburg für Marken	94,50 „
Insgesamt: und 1 Dollar	10 772,35 M.

Berlin, den 19. November 1925.

Zentral-Komitee der KPD., Abt. Kasse.

Alle Organisationen und Einzelmitglieder, die nicht der Partei angehören, rechnen ab mit Wilhelm Pieck, Berlin C. 54, Postscheckkonto NW. 7, Nr. 192 254. — Die Parteikassierer rechnen ab mit den Ortsgruppen bzw. Bezirkskassierern.

*

Schlesische Genossen, wo bleiben wir?

Konzerninteressen sind wichtiger als Beamteninteressen!

Aus dem Reichstag

Wir haben kürzlich den Briefwechsel mitgeteilt, der zwischen der kommunistischen Reichstagsfraktion und dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses des Reichstags, dem Sozialdemokraten Heilmann stattfand. Die KPD.-Fraktion hatte an Heimann als Ausschußvorsitzenden den Antrag gestellt, den Ausschuß sofort, d. h. noch vor Zusammentritt des Reichstags einzuberufen, um die kommunistischen Beamtenanträge zu behandeln. Jeder weiß, die Not der unteren und mittleren Beamten, die seit einem Jahre um jede Gehaltserhöhung betrogen wurden, ist riesengroß. Die kommunistische Fraktion stellte deshalb die Anträge, den Gruppen 1—7 eine Gehaltserhöhung auf 30 Prozent zu gewähren; außerdem beantragt sie eine Sonderbeihilfe von 300 Mark.

Der Sozialdemokrat Heimann, der Vorsitzende des Ausschusses, aber lehnte den Antrag auf Einberufung des Ausschusses unter Berufung auf die „geschäftsordnungsmäßige und verfassungsmäßige" Unmöglichkeit ab, weil der Ausschuß nur solche Sachen behandeln könne, die ihm durch den Reichstag überwiesen seien. Wir haben diese Begründung sofort als einen schäbigen Vorwand bezeichnet, worauf der „Vorwärts" in seiner giftigen Weise antwortete.

Am vergangenen Donnerstag zeigte es sich, wie sehr wir recht hatten. Denn Herr Heimann hatte den Ausschuß einberufen zu einer anderen Sache, die ihm gleichfalls nicht vom Reichstag überwiesen war, sondern die nur die Regierung als höchst dringend zu behandeln wünschte. Die Kommunisten wiesen auf dieses doppelte Recht hin, führten diese genen Worte Heimanns an und verlangten, daß die Sache nicht verhandelt würde, weil sie ja vom Reichstag noch nicht überwiesen sei. Aber Hermann Müller erklärte sich namens der Sozialdemokratie mit der Sitzung in Anbetracht ihrer Wichtigkeit einverstanden! Es handelte sich nämlich um Kreditgewährung an die Industrie! **Hierdurch beweisen die Bürgerlichen und Sozialdemokraten wieder einmal, daß ihnen die Interessen der großen Aufbeuterkonzerne viel wichtiger sind, als die Interessen von Hunderttausenden notleidender Beamten.**

Das sollten sich die Beamten merken!

Ueber den Verlauf der Beratung des Ausschusses kann nichts mitgeteilt werden — — sie war „vertraulich"!

Einladung der Internationalen Union der Holzarbeiter zum Kongreß des russischen Holzarbeiterverbandes

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Aus Meldungen der ausländischen Presse ist ersichtlich, daß am 15. Januar 1926 in Moskau der 7. Kongreß des Holzarbeiterverbandes der USSR. stattfindet. Das Zentralkomitee des russischen Holzarbeiterverbandes hat in einem Schreiben das Exekutivkomitee der Internationalen Union der Holzarbeiter in Amsterdam eingeladen, Gäste zur Teilnahme am Kongreß der russischen Holzarbeiter zu entsenden. Unter Hinweis auf den Beschluß des letzten internationalen Holzarbeiterkongresses in Brüssel wird in dem Schreiben des Zentralkomitees des russischen Holzarbeiterverbandes erklärt, daß die Delegation des Exekutivkomitees der Internationalen Union der Holzarbeiter in Rußland die volle Möglichkeit haben wird, sich frei und nach eigenem Gutdünken mit den Verhältnissen des Holzarbeiterverbandes der USSR bekannt zu machen. Der Delegation der IU. der Holzarbeiter wird zugesichert, daß ihr alles das gezeigt wird, was sie sehen will. Das Zentralkomitee des russischen Holzarbeiterverbandes erwartet vom Exekutivkomitee der IU. der Holzarbeiter eine positive Antwort und spricht die Hoffnung aus, daß durch die Anwesenheit der Vertreter der IU. auf dem russischen Holzarbeiterkongreß in Moskau der Eintritt des Holzarbeiterverbandes der USSR. in die IU. und der Prozeß der internationalen Einheit der Holzarbeiter beschleunigt wird.

Neben der IU. der Holzarbeiter sind die einzelnen Verbände der Holzarbeiter in den verschiedenen Ländern, darunter auch der Deutsche Holzarbeiterverband, ebenfalls Vertreter zur Teilnahme am russischen Holzarbeiterkongreß zu delegieren. Die gesamte Holzarbeiterschaft begrüßt diese Einladung der Vertreter der IU. der Holzarbeiter und der einzelnen Holzarbeiterorganisationen der verschiedenen Länder zum Kongreß des russischen Bruderverbandes. Besonders die Mitglieder des deutschen Holzarbeiterverbandes, der größten und einflußreichsten Organisation in der Holzarbeiter-Internationale erwarten, daß der Vorstand des deutschen Holzarbeiterverbandes der sich durch seinen Vorsitzenden an der Amerika-Delegation des ADGB. beteiligt hat, genau so auch eine Delegation zum Kongreß des Holzarbeiterverbandes der USSR. entsenden wird. Die Anwesenheit der Vertreter der IU. der Holzarbeiter auf dem russischen Holzarbeiterkongreß wird dazu beitragen, daß die IU. der Holzarbeiter, die vor kurzem den amerikanischen Holzarbeiterverband aufgenommen hat, auch die Einheit mit dem russischen Holzarbeiterverband herstellt und eine wirkliche, alle organisierten Holzarbeiter der Welt umfassende Internationale geschaffen wird.

*

Anschluß des amerikanischen Holzarbeiterverbandes an die Union der Holzarbeiter

Der amerikanische Holzarbeiterverband, die zweitgrößte Gewerkschaft Amerikas, hat seinen Anschluß an die Internationale Union der Holzarbeiter beschlossen. Dieser Beschluß wurde gefaßt anläßlich der Anwesenheit des Vorsitzenden des DHV. Tarnow, der zur Amerika-Delegation des ADGB. gehört. Diese Delegation wurde entsandt, um in Amerika den Fordismus und die Betriebsdemokratie zu studieren und die konservativen amerikanischen Gewerkschaften als Gegengewicht gegen den linksorientierten englischen Flügel in der Amsterdamer Internationale zu gewinnen.

Der Beschluß der amerikanischen Holzarbeiter ist zweifellos ein Fortschritt auf dem Wege zur Herstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit. Aber dabei müssen wir darauf hinweisen, daß Tarnow, der zu dem rechtesten Flügel der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gehört, sich zwar mit aller Energie für die Aufnahme der amerikanischen Gewerkschaften einsetzt, aber zugleich gegen die Einheit mit den russischen und revolutionären Gewerkschaften der anderen Länder den schärfsten Widerstand leistet. Notwendig ist, daran zu erinnern, daß auf dem Kongreß der Holzarbeiter-Internationale in Brüssel im Juli 1925 der Generalsekretär des englischen Möbelarbeiterverbandes, Gossip, mit 33 Stimmen gegen eine starke Minderheit von 22 Stimmen bei 3 Enthaltungen aus dem Exekutivkomitee ausgeschlossen wurde, weil er für den russischen Holzarbeiterverband die Aufnahme, d. h. das nämliche forderte, was jetzt mit dem amerikanischen bereits geschehen ist.

Ein weiterer Beweis für die einheitsfeindliche Haltung der rechten Holzarbeiterführer wurde in Brüssel geliefert durch die Ablehnung des Antrages, der verlangte, daß, falls der Allrussische Holzarbeiterverband das Exekutivkomitee zu seinem nächsten Verbandstag einladet, dieser Einladung durch Entsendung einer Delegation nach Rußland Folge zu leisten ist. Dagegen wurde ein zweideutiger Beschluß gefaßt, der besagt: „Das Exekutivkomitee kann eine Delegation nach Rußland entsenden, wenn es die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit dazu für gegeben hält und in Rußland Verhältnisse herrschen, die der Delegation die Möglichkeit geben, nach Belieben Untersuchungen zu veranstalten." Wo bleibt die Durchführung dieses Beschlusses?

Metallarbeiterkongreß der Sowjetrepubliken

Im Moskauer Gewerkschaftshaus wurde der 7. Metallarbeiter-Kongreß der Sowjetrepubliken eröffnet. — Die anwesenden Vertreter der norwegischen, schwedischen, finnischen und lettischen Metallarbeiterverbände wurden zu Ehrenmitgliedern des Präsidiums gewählt. In der Begrüßungsansprache wies der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates der Sowjetunion Tomski auf den raschen Aufschwung der Sowjetindustrie ohne Auslandshilfe, auf das zahlenmäßige, politische und kulturelle Wachstum der Arbeiterschaft in der Sowjetunion hin. Die Sowjetgewerkschaften sind nicht mehr isoliert, die Wirtschaftsblockade seitens der Bourgeoisie hat ebenso Fiasko erlitten, wie die geplante Isolierung der Arbeiterschaft der Sowjetunion von der Arbeiterschaft der meisten europäischen Länder. Der Gedanke der Einheit ist zum Gedanken der Mehrheit des internationalen Proletariats geworden.

Dzerschinski, Vorsitzender des obersten Volkswirtschaftsrats, wies auf die gewaltige Bedeutung der 700 000köpfigen Metallarbeiterarmee der Sowjetunion hin, die für die gesamte Volkswirtschaft der Sowjetunion, für deren Wirtschaftsstand, insbesondere für den Stand der Landwirtschaft ausschlaggebend ist. Die Feinde der Sowjetunion rechneten gerade damit, daß die Sowjetmacht nicht imstande sein wird, ihre Schwerindustrie wieder herzustellen. Die Jahre 1924 und 1925 beweisen das Gegenteil, denn hier ist der größte Aufschwung der Metallindustrie zu verzeichnen. Der Bund der Arbeiter- und Bauernschaft bleibt die Grundlage des sozialistischen Aufbaus, an dem die in den Gewerkschaften vereinigten parteilosen Arbeiter Hand in Hand mit den Kommunisten aktiv arbeiten.

Losowski begrüßte den Kongreß im Namen der Roten Gewerkschaftsinternationale. Er forderte zur Erkämpfung der internationalen Gewerkschaftseinheit auf und schloß mit dem Ruf: „Alle Wege führen nach Moskau, zum Herd der Weltrevolution!"

Der Vorsitzende der schwedischen Metallarbeitergewerkschaft dankte für die Einladung und erklärte, daß die Errungenschaften des russischen Proletariats der ganzen Welt ein noch nicht dagewesenes Beispiel schöpferischer Kraft im Aufbau des eigenen Staates sei. Das schwedische Proletariat sei überzeugt, daß der Einheitsgedanke bald triumphieren werde und daß die russischen Metallarbeiter gleichberechtigte Mitglieder der internationalen Metallarbeiterfamilie sein würden. Darauf trat der Kongreß in die Tagesordnung ein.

---

1 Milliarde Goldmark

hat, wie der „Vorwärts" im Leitartikel zugibt, die preußische Regierung

bisher den Hohenzollern

zugeschanzt. In den preußischen Regierungen saßen immer Sozialdemokraten! Wilhelm fordert weitere Milliarden! Es besteht die Gefahr, daß ihnen auch diese noch von der sozialdemokratisch-kapitalistischen Preußenregierung

in den Rachen geworfen

werden — Fort mit diesem Hohenzollernsystem.
Am 29. November wählt Kommunisten!

Wenn kapitalistische Staaten verzichten

(Eig. Drahtb.) Amsterdam, 23. November.

Nach einer amtlichen Mitteilung hat Holland, anläßlich der jetzt tagenden chinesischen Zollkonferenz, auf seinen Anteil an der Boxerentschädigung in Höhe von einer Million Gulden „verzichtet". Dieser Verzicht mutet etwas merkwürdig an, denn in der letzten Nummer des „Nieuwe Rotterdamsche Courant" wird mitgeteilt, daß China, aus lauter Dankbarkeit für Holland natürlich, versprochen habe, seine Wasserregulierungsarbeiten durch holländische Firmen vornehmen zu lassen, und daß auch bereits ein holländischer Ingenieur mit der Leitung dieser Arbeiten betraut wurde. Der „Verzicht" ist also in Wirklichkeit ein glänzendes, koloniales Geschäft für die Holländer. Das spricht auch ein Herr Ferguson, Mitglied der holländischen Zollkommission in China sehr deutlich aus. Er schreibt sinngemäß im N. R. C.: lieber mit einer schönen Geste auf das Geld verzichten, das man auf andere Weise fünfzigfach hereinbekommen kann. Das ist das wahre Bild der holländischen „Liebe und Fürsorge für den Befreiungskampf des chinesischen Volkes" — wie die Regierung großartig ihren Beschluß von den Zeitungen kommentieren ließ.

Kommunistische Kandidaten der englischen Arbeiterpartei

Entgegen dem Beschluß des Parteitages der englischen Labour-Party wurden 21 Kommunisten von der Londoner Labour-Party-Organisation als Kandidaten zu den Gemeinderatswahlen aufgestellt. Nun Kommunisten wurden zu Gemeinderäten in London gewählt.

Bauernbund „Einiges Volk". Soeben ist im Verlage Neues Dorf die Nr. 12 des „Einigen Volk", Halbmonatszeitschrift des Reichsbundes der Kleinbauern, erschienen. Aus dem Inhalt ist hervorzuheben: Die Kreistags- und Provinziallandwahlen in Preußen, Auslandskredite und Notstandskredite für die Landwirtschaft, Sturmzeichen in der bayrischen Bauernschaft, Bauernpost, Feld und Stall usw.

R. Luxemburg. Gegen den Reformismus. Soeben bringt die Vipa den Band III der gesammelten Werke Rosa Luxemburgs „Gegen den Reformismus", 530 S. Preis brosch. 8 Mark, geb. 11 Mark.

Dieser Band führt in die großen Auseinandersetzungen hinein, die zwischen revolutionärer und reformistischer Auffassung im Schoße der Sozialdemokratie der Vorkriegszeit ausgefochten wurden. Er enthält einen Teil des unerbittlichen Kampfes den Rosa Luxemburg gegen den offenen und versteckten Opportunismus führte. Der Inhalt des Bandes ist deshalb äußerst geeignet, den aktuellen Aufgaben der Parteigenossen zu dienen.

Von Nüsse zu Nüsse...

Roman einer Frau

16] Von Anna Meyenberg — Der Malik-Verlag, Berlin

Auf mein Klingelzeichen hatte meine Mutter selber geöffnet, denn Schwester und Schwager lagen noch in den Federn.

Die Begrüßung fiel nicht ganz so herzlich aus, als wie ich es mir ausgemalt hatte, denn niemand hatte mich so früh erwartet, selbst die Mutter nicht. Und so war es mehr ein erschrockenes Staunen, als Wiedersehensfreude. Auch schien es mir, als ob ich etwas ungelegen käme und sollte bald erfahren, daß ich mich nicht getäuscht hatte. Man hatte sich für diesen Tag soviel vorgenommen. Man wollte einen großen Ausflug machen und da kam ich dazwischen. Man berief hin und her und wollte mich sogar mitnehmen, was ich jedoch nicht annehmen konnte, weil ich gegen Abend wieder nach Hause mußte.

„Ihr könnt ja gerne fortgehen," sagte ich, „ich bin doch nur gekommen, um Mutter zu sehen und bleibe ganz gerne mit ihr allein. Ich bin ja immer im Walde zwischen Blumen und Bäumen und habe immer herrliche Waldesluft und Sonnenschein da brauche ich doch keinen Ausflug zu machen."

„Das wäre ja noch schöner," fiel mir da gleich die Schwester ins Wort, „wir lassen die Mutter extra herkommen, um sie mal mit auszunehmen, dann soll sie sich mit Dir hier in die Bude hocken. Nee — das wird nicht gemacht, Mutter geht mit."

So machten sich alle reisefertig, ein ganzer Berg Butterbrote wurde eingepackt, dann ging es nach dem allgemeinen Treffpunkt am Steintor.

Ich ging, da ich weiter nichts zu tun hatte, und doch wieder zum Mittelpunkt der Stadt mußte, die Straßen mit den andern dahin. Aber meinen Feiertagsfrohsinn, den ich am Morgen mit auf den Weg genommen hatte, hatte ich nicht mehr. Meine Mutter, die wohl heimlich verstand, was ich fühlte, ging an meiner Seite und flüsterte mir zu: „Siehe, Annchen, ich bliebe ja so gerne bei Dir, aber Max hat doch die ganze Reise für mich bezahlt, da kann ich doch auch nicht so handeln, wie ich wohl möchte. Du weißt doch, wie das ist."

Ja, das wußte ich — und wußte auch, daß ich ihr das alles nicht bieten konnte und durfte deshalb keinen Anteil begehren. Der Schwager und die Schwester mit ihrem Bankguthaben wogen in diesem Augenblick alle Liebe auf.

Mutter versuchte mich noch umzustimmen und zum Mitgehen zu bewegen, mir aber war die ganze Gesellschaft zuwider. Und meine Pflicht, mein gegebenes Wort ging vor. Ich kämpfte tapfer gegen die Tränen an, denn niemand brauchte zu sehen, wie weh es mir tat. Und als Mutter beim Abschiednehmen noch etwas länger bei mir stehen blieb, da rief die Schwester von ferne: „Laßt sie doch gehen, wenn sie nicht mit will, soll sie machen, daß sie wieder nach ihren Bauern kommt. Man muß sich ja ohnehin mit ihr schämen, seht doch nur die roten Hände — gerade wie bei einer Stallmagd." Ich drückte der Mutter schweigend die Hand und lief mehr als ich ging, nur um aus dem Bereich jener Menschen zu kommen. Was half es, daß ich noch länger die Lippen zusammenpreßte, die Tränen liefen doch heiß und eilig über die Wangen.

Ich stellte mich vor die Einfriedigung eines Denksteins, um all den pfingstfröhlichen Menschen nicht begegnen zu müssen, so lange meine Augen noch mit Tränen gefüllt waren. Ich schaute meinen Verwandten nach, wie sie alle dahinschritten und die kleine, dicke Schwester, die sich so sehr meiner Hände schämte, wackelte dahin wie eine fette Gans. Der Gedanke war mir wohl nur so gekommen, weil vor mir in der Einfriedigung die Gänseliesel stand. Ich schaute auf die Märchenfigur, dann dachte ich an das Waldschlößchen mit den Eckerkenfenstern, wo mein Zimmer lag, von wo ich weit, weit über Wald, Wiese und Bach blicken konnte. Der Bach, der dicht am Hause vorüberfließt und sich weiter abwärts zu einem kleinen See sammelt, in dessen Mitte die kleine Insel mit der Tannengruppe liegt. — Ich dachte auch an den Kastanienbaum, der jetzt gerade in voller Blüte stand und aussah wie ein mit tausend Kerzen geschmückter Weihnachtsbaum. Und an die Bank darunter dachte ich, wo ich mit Otto Bornemann gesessen hatte...

Ich dachte auch an die vielen Nächte, die ich auf dem Webstuhle durchwacht hatte für meine Mutter — und ich dachte an die Worte des Herrn Inspektors: „Fräulein, Sie wissen nicht, was Sie von sich stoßen..."

Langsam ging ich die Nordmannstraße hinab und zog die Halbhandschuhe über die „roten Hände" — die Hände, die heute in der Morgenfrühe der Herr Inspektor geküßt hatte. —

Und als ich dann meinen Sonnenschirm aufspannte, den ich bei Oberneiers mit drei Mark bezahlt hatte, da war mir, als müßten alle die frohen Menschen jetzt über mich lachen und und denken: „Seht sie, dort, mit ihrem Stecken, geht die Magd mit stolzem Sinn...."

Bei Kaffee Kröhke stieg ich in die Straßenbahn die mich nur halbwegs zurück brachte, dann mußte ich zu Fuß gehen.

Ich hatte ja nun den ganzen langen Tag weiter nichts zu tun, als den Weg zurückzulegen, den ich so hoffnungsfroh am Morgen gekommen war.

Als ich an das erste Wäldchen kam, setzte ich mich im Schatten nieder und schaute zur Sonne empor, die heute dem Westen gar nicht näher kommen wollte.

Ich dachte viel und wußte nachher nicht, was —.

Ich weinte viel und wußte nachher nicht, warum —.

Nur eins wußte ich, daß ich nicht vor Abend nach meinem stillen Waldschlößchen zurückkehren werde, denn niemand sollte dort je erfahren, wie klein und verstoßen ich mich fühlte.

Als ich mit der sinkenden Sonne in Buchenau ankam, sahen die Herrschaften noch im letzten Dämmerscheine vor der Tür. Bei meinem Anblick riefen alle drei wie aus einem Munde: „Schon zurück?"

Mir drangen die Worte wie Messerstiche ins Herz und noch ehe ich an dem lauschigen Plätzchen, wo sie saßen, vorüber war, brach ich in lautes Schluchzen aus.

Die alte Dame kam gleich, umfaßte mich und sagte: „Armes Kind, jetzt hast Du die Mutter wiedergesehen und hast nun noch ein bißchen Heimweh. Nicht wahr? Aber Dein Kopf ist ja ganz heiß und die Augen sind ganz rot — Du hast wohl den ganzen Weg hierher geweint? Adele", wandte sie sich an die Tochter, „geh doch und hole eine recht kühle Zitronenlimonade. Und wenn Du die getrunken hast, fühlst Du dich besser und gehst schön schlafen."

Ich aber wehrte hastig ab, stürzte die zwei Treppen hinauf und schloß mich ein. Ich konnte die Liebe fremder Menschen nicht vertragen, nach dem, was ich an diesem Tage erlebt hatte.

Einige Wochen später war mein Geburtstag. Ich wurde achtzehn Jahre alt. In Buchenau waren die Rosen erblüht und Blumenduft und Sonnenschein webten diesen Winkel in einen eigenen Zauber ein. Ich fühlte, wie ich täglich mehr mit diesem Stückchen Erde verwuchs und mochte nicht an eine Trennung denken. So schön war es nirgends, so still und fein ging es in keinem anderen Hause zu. Was brauchte sich da das Herz zu wundern, wenn sich die Gedanken an unmögliche Möglichkeiten hängten und die Ohren sich endlich öffneten für Worte, die sie früher nicht hören wollten...

Wieder stand ich am Herde und zündete das Feuer an, als Schritte von oben kamen und der Herr Inspektor eintrat und eilig ein Päckchen auf den Küchentisch legte.

„Meine herzlichsten Glückwünsche zum Geburtstage", sagte er, „und hier ist eine Kleinigkeit, was die Damen vorläufig nicht zu wissen brauchen."

„Aber woher wissen Sie denn, daß mein Geburtstag ist?"

„Habe ich denn nicht Ihre Invalidenkarte?"

Er lachte mich pfiffig an und war wie der Wind davon. Seine Schritte verhallten in seinem Schreibzimmer und ich stand unschlüssig, ob ich das Paketchen aufmachen sollte oder nicht. Aber ein Gemisch von Neugierde, Glück und Freude siegte über mich und half schnell zugreifen. Da lag in einem Lederkästchen eine prachtvolle goldene Uhr mit Kette und in einem größeren Kasten war ganz feine Schokolade, wie ich sie noch nie gesehen hatte. Ich lachte und weinte vor Freude, und als der Kutscher zum Frühstück kam, schloß ich schnell alles in den Küchenschrank.

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem schlesischen Wirtschaftsleben

Hohe Dividenden in der schlesischen Papierindustrie

a. Wer die Vorgänge der letzten Monate im deutschen Wirtschaftsleben beobachtet hat, wird gemerkt haben, daß gerade aus den Kreisen der Papierindustrie andauernde Klagen über ungünstige Rentabilität der Betriebe und Absatzschwierigkeiten, ungünstige Rentabilität der Betriebe und Produktionsschwierigkeiten erschollen. Diese Klagerufe hindern aber die Gesellschaften durchaus nicht, sehr anständige Reingewinne einzustecken und ansehnliche Dividenden über die beklagenswerten Aktionäre auszuschütten. Genosse V a r g a hat in seiner letzten Wirtschaftsrundschau durchaus mit Recht betont, daß die Lage der deutschen Industrie von den deutschen Industriekapitalisten (schwärzer aus den verschiedensten Ursachen) geschildert wird, als sie in der Tat ist. Jedenfalls zeigen die hohen Gewinne des deutschen Kapitals, wie sie die verschiedenen Bilanzen aufweisen, auf das deutlichste, daß trotz erhöhter Produktionskosten, trotz verringerter Konsumkraft auf dem inneren und erschwertem Absatz auf dem äußeren Markt das Kulidasein der deutschen Arbeiterklasse den Kapitalisten das Einheimsen erheblicher Profite gewährt.

So hat die **Schlesische Cellulose- und Papierfabriken AG.**, eine der bekanntesten schlesischen Papierfabriken, im Geschäftsjahr 1924/25 einen Reingewinn von einer halben Million Reichsmark erzielt und verteilt damit auf die Stammaktien 8 Prozent, auf die Vorzugsaktien 6 Prozent Dividende aus. Berücksichtigt man, daß die beiden letzten Vorkriegsjahre das Unternehmen dividendenlos geblieben war, so hat man einen Maßstab für die ungleich verschärfte Ausbeutung der Arbeiterschaft in der Nachkriegszeit. In der Bilanz ist außerdem bemerkenswert, daß die, übrigens nach Angabe der Verwaltung sehr vorsichtig bewerteten Vorräte im Laufe des Bilanzjahres fast um 100 Prozent angewachsen sind. Daß hier Ansätze zu Absatzmöglichkeiten gegeben sind, dürfte ohne weiteres klar sein. Im übrigen ist der Bilanzbericht, wie es die kapitalistische Konkurrenzwirtschaft mit sich bringt, durchaus in den nichtssagenden allgemeinen Ausdrücken abgefaßt und näheren Erklärungen ist man ängstlich ausgewichen. So finden sich, um nur ein Beispiel zu erwähnen, keine Angaben über die Höhe der Produktion und den Absatz.

Was soll der Arbeiter lesen:

Arbeiter-Kalender für 1926

Der Verlag Carl Hoym Nachf. hat in Form dieses Kalenders ein Geschichtswerk geschaffen. Jedes Blatt dient dem Kampf der Arbeiterschaft, klärt auf, veranschaulicht eine Etappe dieses Kampfes. Mit erschütternder Wucht sprechen die Bilder vom Leben und Elend der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, sie schildern die Kämpfe des letzten Jahrhunderts, geben einzelne Szenen aus den Klassenkämpfen an der Ruhr, in Berlin, sie zeigen die Rache der reaktionären Sieger in Deutschland, in Bulgarien, in Amerika, in anderen Ländern, sie halten das Bild der Opfer des Bürgerkrieges, der gemeuchelten Führer der Revolution als stete Mahnung den Arbeitern vor die Augen, sie zeigen den Aufbau Sowjetrußlands, und schildern den Kampf und den Sieg des russischen Proletariats, sie zeichnen mit beißender Satyre die reformistischen Führer und zeigen sie unverhüllt als Steigbügelhalter der Konterrevolution.

Dieser Kalender ist eine Tat. Er sagt jeden Tag dem Arbeiter, wie viel noch zu tun ist an der Befreiung der Arbeiterklasse. Jeden Tag des Jahres füllt ein Blatt aus, auf der Vorderseite: Datum, Gedenktag und Bild, auf der Rückseite Auszüge aus den Werken der Führer des Kommunismus, historische Dokumente, aber auch die grabschändendsten Feststellungen der Führer der Bourgeoisie und ihrer reformistischen Helfershelfer, über ihre konterrevolutionäre Politik. Nur Zitate, aber solche Zitate, die oft mehr sagen, als ganze Leitartikel, die jeden Tag erneut zum Nachdenken anregen, eine tägliche Lektion für jeden Arbeiter über die Notwendigkeit des Klassenkampfes.

Dieser Kalender ist für alle Arbeiter bestimmt, gleichgültig welcher Partei sie angehören, er ist in der Form einzelner kurzer Kapitel, ein Handbuch der proletarischen Revolution, ein Denkmal der revolutionären Bewegung aller Länder.

Der „Parteiarbeiter", Nr. 2, kommt in diesen Tagen heraus. Die neue Nummer ist fast ausschließlich von Genossen aus de. Betriebszellen, Fraktionen und Ortsgruppen in den verschiedenen Teilen des Reiches geschrieben. Die zahlreichen Briefe die bei uns einlaufen, beweisen, daß der „Parteiarbeiter" in seiner jetzigen Form großen Anklang bei den unteren Funktionären findet. Jeder Funktionär verlangt sofort den „Parteiarbeiter".

Tschitscherin über die Arbeiter-Illustrierte. Anläßlich seines Aufenthaltes in Berlin hatte der Volkskommissar für Aeußeres, Genosse Tschitscherin, Gelegenheit, die letzten Nummern der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung einzusehen. Tschitscherin faßte sein Urteil über die AIZ. folgendermaßen zusammen:

„Nach Fülle und Reichhaltigkeit des Materials, nach seinem ideenreichen Inhalt ist das mir vorliegende Blatt „Die Arbeiter-Illustrierte Zeitung", dessen Sammlung das größte Interesse bei mir erweckt hat, etwas einzig Dastehendes. Meine besten Wünsche diesem hochwichtigen literarischen und politischen Werk!

Berlin, 16. Oktober 1925. gez. Georg Tschitscherin."

Die Novembernummer der AIZ., die als Sondernummer „Acht Jahre Sowjetrußland" erschien, bringt außer diesem Autogramm von Genosse Tschitscherin eine Reihe wichtiger und interessanter Beiträge der Genossen Kalinin, Kamenewa, Trotzki u. a. über den fortschreitenden Aufbau der Sowjet-Union. — Vorbestellungen sind an die Vertriebsstellen zu richten.

Rußlanddelegation. Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland? Unter diesem Titel erscheint Ende November d. J. im Neuen Deutschen Verlag der Reisebericht der deutschen Arbeiterdelegation über Sowjet-Rußland.

Der Bericht gibt ein anschauliches Bild von dem wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben Rußlands 1925 und wird besonders interessant und lesenswert durch zahlreiche Schilderungen eigener Erlebnisse der Delegierten und ihrer Gespräche mit den russischen Arbeitern, Regierungsvertretern und Arbeiterführern.

Der Bericht umfaßt mit zahlreichen Illustrationen und einem Vorwort von Edo Fimmen etwa 180 Seiten und wird zum Preise von nur 50 Pfg. abgegeben.

A. Serafimowitsch. „D e r e i s e r n e S t r o m." Ein neuer Roman aus Sowjet-Rußland, ein Roman von so monumentaler Größe, wie sie in der modernen Literatur der ganzen Welt nicht erreicht werden konnte. Die heroische Tat eines ganzen Volkes, zeigt hier eine Heldendichtung, die nicht die überragende Größe eines einzelnen besingt. Preis brosch. 2,80, Pappband 3,80, Halbleinen 4,50 Mark.

Dr. Brandt: D e r T s c h e k a p r o z e ß. Im Neuen Deutschen Verlag erscheint soeben eine hochinteressante Denkschrift über den sogenannten Tschekaprozeß, der vom Februar bis April dieses Jahres vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig verhandelt wurde und mit der Verurteilung der angeklagten Kommunisten zu drakonischen Strafen (drei Todesurteile und über 70 Jahre Zuchthaus) endete. Auch der Russe Skoblewski, in dem die Anklage den unter dem Namen „Der Sieger von Kronstadt" bekannten bolschewistischen General Goreff erblickte, wurde wegen Anstiftung zur Ermordung des Spitzels Rausch zum Tode verurteilt, obgleich er seine Schuld bis zuletzt bestritt. Die seltsame Prozeßführung, die ihren Gipfelpunkt in der gewaltsamen Entfernung eines Verteidigers aus dem Gerichtssaal erreichte, hat seinerzeit in der Oeffentlichkeit die lebhafte Empörung ausgewirkt und zu Protesten der deutschen Anwaltschaft und angesehener Rechtslehrer geführt.

Abschaffung des Staatsgerichtshofes und Einführung einer zweiten Instanz — auch in politischen Prozessen — das will der Verfasser mit seiner Denkschrift erreichen, damit Recht und Gerechtigkeit auch gegenüber kommunistischen Angeklagten gewahrt bleibe. — Preis broschürt 1,50 Mark.

Zu den Wahlen. D e r „R o t e L a n d - u n d F o r s t a r b e i t e r", Nr. 11, ist als Wahlnummer erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zur Provinziallandtags- und Kreistagswahl. Forstarbeiter und Landarbeiter hört! Landarbeiterforschung — für wen? Die Pleite des Reichslandbundes. Ferner enthält die Nummer Material aus dem Leben und der Notlage des Landproletariats.

Keine Landagitation, kein roter Landsonntag darf stattfinden ohne Vertrieb des „Roten Land- und Forstarbeiter". Landobleute, bestellt sofort durch eure Ortsgruppen! Die Nummer kostet einzeln 10 Pfg., bei 10 Exemplaren 6 Pfg., bei 200 Exemplaren nur 5 Pfg. pro Stück.

V e r a n t w o r t l i c h für den gesamten Text: K u r t E r b e, Breslau. für die Inserate A r t u r M ü l l e r, Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft, G. m. b. H., Breslau. Druck: Peuvag-Berlin, Druckereifiliale Breslau.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Telephon Ring 2545

Freitag 8 Uhr
Auftreten Walter Jankuhn
Wiener Blut.

Sonnabend 8 Uhr
Gastspiel Elli Leux
Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Zum ersten Male
Der Orlow

Sonntag nachm. 3½ Uhr
Auftreten Walter Jankuhn
Gräfin Mariza

Sonntag u. täglich 8 Uhr
Gastspiel Elli Leux
Auftreten Walter Jankuhn
In neuer Ausstattung
Der Orlow

Stadt-Theater
Telephon Ring 1254 u. 6815

Spielplan vom 22. bis 29. Nov.

Sonntag, den 22. Novemb., abds. 7½ Uhr
Der Evangelimann
Montag, den 23. November, abds. 7 Uhr
Fra Diavolo
Dienstag, den 24. November, abds. 7½ Uhr
Jenufa
Mittwoch, den 25. November, abds. 7½ Uhr
Indigo und die vierzig Räuber
Donnerstag, den 26. Nov., abends 8 Uhr
Hoffmanns Erzählungen
Freitag, den 27. November, abends 8 Uhr
Tosca
Sonnabend, den 28. Nov., abds. 7½ Uhr
Der Evangelimann
Sonntag, den 29. Nov., vorm. 11 Uhr
4. (musikalische) Morgenfeier
Erstaufführung **Die galante Stunde**
Hierauf: Erstaufführung **Der Dämon**
abends 7½ Uhr
Indigo und die vierzig Räuber

Liebich-Theater
Telephon Ring 1646
Monat November
8 Uhr
Zum 1. Male in Europa!
Adrian Singels
10 Elefanten
Brüder Rigoletto
u. Schwestern Swanson
in ihrer amerikanischen Schau
Barbette
Das Wunder am Drahtseil und Trapez
Alex Stamer
Der sächsische Komiker
Elli und Kati Bitter
Prima-Ballerinen vom Palace-Theater New-York
Karl Edler
Der rätselhafte Redner
Andréa und Théo
Exzentrisch-akrobat. Tanzneuheit
Arthur Klein
-Familie
„Das explodierende Motorrad"
Will Cumm'a
Komischer Jongleur
Werner Amoros-Comp.
Ein phantastischer Studentenulk

Genosse (in)! Werbt neue Abonnenten!

Lobetheater

„Die grüne Flöte"	Montag, 23. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte"	Dienstag, 24. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte"	Mittwoch, 25. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte"	Donnerstag, 26. 11., 8 Uhr
„Die grüne Flöte"	Freitag, 27. 11., 8 Uhr
Zum 1. Male „Cyrano von Bergerac"	Sonnabend, 28. 11., 8 Uhr
„Der Kreidekreis"	Sonntag, 29. 11., 3½ Uhr
„Cyrano von Bergerac"	Sonntag, 29. 11., 8 Uhr
„Cyrano von Bergerac"	Montag, 30. 11., 8 Uhr

Thaliatheater
Zum 1. Male „Kabale und Liebe"
„Kabale und Liebe"
„Kabale und Liebe"
„Kabale und Liebe"
„Kabale und Liebe"
Zum 1. Male „Scampolo"
„Kabale und Liebe"
„Scampolo"
„Der Strom"

Der gute Roman für proletarische Leser
Ein Arbeitermädel
Der Roman einer Illusion
Von Otto Müller Glösa

Alle weiblichen Sehnsüchte einer jungen Arbeiterin, die mit ihrem proletarischen Schicksal verknüpften bitteren Enttäuschungen und herben Erfahrungen, sind ohne spießerhafte Prüderie, ohne falsche Scham gezeigt und zu einer packenden Handlung dramatisch gesteigert. — Dieser „Roman einer Illusion" ist dazu geschaffen, Illusionen zu zerstören, die der Arbeiterklasse gefährlich sind; deshalb sollte er in Millionen Exemplaren von Arbeitermädchen und Frauen, Müttern und Vätern gelesen werden.

Das starke Buch kostet kartoniert, mit Bildumschlag, nur 2.— Mark und ist zu beziehen durch alle Partei- und Volksbuchhandlungen, oder direkt durch den

Kalmäuser Verlag, Raunheim a. Main

Abonnements auf unsere Parteiliteratur
sind für unsere Funktionäre sehr vorteilhaft denn sie erhalten diese unaufgefordert bei monatlich. Abrechnung portofrei zugestellt

Unter allen Umständen
sollte jeder Funktionär heute sein Abonnement bei unterzeichneter Stelle anmelden:

Die Internationale. Zeitschrift für Praxis u. Theorie des Marxismus. Preis 50 Pf.
Die Internationale Presse-Korrespondenz für Politik, Wirtschaft u. Arbeiterbewegung. Erscheint wöchentlich. Preis 20 Pf.
Die Kommune. Zeitschrift für kommunistische Kommunalpolitik. Monatlich Preis 20 Pf.
Der Parteiarbeiter. Erscheint ab 1. Okt. wöchentlich.
Das Gewerkschafts-Bulletin. Preis 10 Pf.

Zuschriften sofort an die
Proletarische Literatur-Vertriebstelle Schlesien
Max Zschocher, Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.

Soeben erschien
Zölle und Teuerung
Broschiert 32 Seiten nur 30 Pfg.
I n h a l t
Rolle der Zölle im deutschen Kapitalismus / Entwickelung der deutschen Zölle bis 1925 / Die Luxuszölle / Wirkungen der Zölle / Stellung der bürgerlich. Parteien / Zollkompromiß / Einfuhrscheine / Teuerung auf der ganzen Linie / Wie d. Luther-Regierung die Teuerung „bekämpft" / Kampf den Zöllen, Kampf der Teuerung.
Zu beziehen durch alle Literaturobleute oder durch
Proletarische Literatur-Vertriebsstelle Schlesien
Max Zschocher
Breslau 10
Trebnitzer Straße 50

PEUVAG
Papier-Erzeugungs- und Verwertungs-Aktien-Gesellschaft
Berlin
Filiale Breslau
Trebnitzer Str. 50
Abteilung:
Buchdruckerei
Wir stellen her
z. billigster Berechnung
Programme
Eintrittskarten
Briefbogen
Plakate
Rechnungen
Flugblätter
kurz alle Drucksachen
für
Private, Vereine und Behörden

Weiteste Verbreitung
muß durch Hauskolportage finden
Der Knüppel
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Arbeiter-Illustrierte Zeitung
Preis pro Exemplar 20 Pf.
Propaganda-Nummern für planmäßige Arbeit zur Abonnentengewinnung stehen gratis zur Verfügung.
Literatur-Obleute wenden sich s o f o r t an die
Proletarische Literaturvertriebsstelle Schlesien
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50

Bis **25** ten November muß das Postabonnement auf die
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"
erneuert werden.

Dieser Bestellzettel ist der dortigen Post bezw. dem Postboten auszuhändigen

Bestellzettel.
Unterzeichneter bestellt hiermit für Monat **Dezember 1925**
bei der Postanstalt in ....
.... Exemplare der Zeitung
„Schlesische Arbeiter-Zeitung"
zum Preise von monatlich 2.25 Mk. zur Lieferung ins Haus.
Name ....
Stand ....
Wohnung ....

Lokales

Partei in Not —

Tausende, die nicht sammeln können, Hunderttausende, die die Pflicht haben, mit verdoppelter Energie für die Partei zu sammeln.

— Helft der Partei!

Wem geben wir unsere Stimmen?

Dem Deutschnationalen, der das Brot uns stiehlt,
Der Volkspartei, die nur im Mammon wühlt?
Die jeden haßt, der einmal revoltiert,
Die aus den Wohnungen uns ausquartiert?
Nein!

Dem „Volksgenossen“, der von Rassen schwätzt,
An Stelle Gottes Ludendorff und Hitler setzt?
Der von der Hetze gegen Juden lebt
Und doch so gern des Juden Geld behebt?
Nein!

Dem Demokraten, der uns vorerzählt,
Daß der Prolet noch zu der Einheit fehlt?
Der Streikbruchgarden überall bestellt,
Mit denen er uns in den Rücken fällt?
Nein!

Dem Gottesknechte, der von Duldung singt,
Der Wasser predigt, aber Wein nur trinkt,
Der salbungsvoll uns jenen Himmel preist,
Der kommt, wenn man uns in die Grube schmeißt?
Nein!

Auch dem nicht, der sich gern als Sozialist
Aufspielt und stets für „Ruh' und Ordnung“ ist!
Der täglich mit derselben Predigt kommt,
Die nur dem Geldsack, aber uns nicht frommt!
Nein!

Wir geben unsre Stimmen der Partei,
Die uns zum Sturme sammelt gegen Tyrannei!
Und ruft uns erst das flammende Signal:
Dann, Brüder, geh'n wir in die andre Wahl!

Ein Arbeiter.

Protestdemonstration der Beamten

Breslau, 23. November.

Am Sonntagvormittag fand auf dem Neumarkt eine von mehreren tausend Beamten besuchte Protestversammlung statt, in der Herr Fuhrmeister vom Ortskartell des Beamtenbundes referierte. Seine Ausführungen gipfelten in nachstehender, einstimmig angenommener Resolution.

Entschließung:

Die vom Ortsausschuß Breslau des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes für den 22. November 1925 auf den Neumarkt in Breslau einberufene Beamten-Massenprotestkundgebung der Reichs-, Staats-, Gemeindebeamten, einschließlich Reichseisenbahnern, Hinterbliebenen und Pensionären, erhebt schärfsten Protest gegen die gewaltsame Massenverelendung durch die heutigen wirtschaftlichen Machthaber. Das Versprechen dieser Volksvertreter auf Besserung der Lage der unteren Volksschichten hat sich als Volksbetrug schlimmster Art erwiesen. Die Ausrede, daß keine Mittel vorhanden seien, ist nichts als eine brutale Verhöhnung der werktätigen, schaffenden Preise. Die außerordentliche lange Dienst- und Arbeitszeit, die ungeheuer schwere Belastung des Einkommens durch direkte und indirekte Steuern, die dem Reiche die denkbar besten Einnahmen schaffen, haben die Beamtenschaft an den Rand des Abgrunds und der Verzweiflung gebracht. Tiefe Verschuldung, Massenelend und Verzweiflung, völliger Ruin, der nicht mehr überboten werden kann, sind die Atmosphäre, in welcher der Beamte, Angestellte und Arbeiter sein Leben fristet. Doch hat es andererseits Mittel, die fast zwecklos vergeudet werden in Form von Krediten, Leistungszulagen, sogenannten Entschädigungen usw. Dringende Hilfe für alle Arbeitnehmer ist das Gebot der Stunde und der bitteren Notwendigkeit. Die Versammlung ruft der Reichsregierung und den Volksvertretern in den Parlamenten zu: Genug des Elends, genug der Ausbeutung, geht uns, was wir zum Leben mit den Unsrigen benötigen. Wollt ihr unsere Treue und Arbeitsfreudigkeit, dann gebt uns die Mittel zur Existenz und somit das Recht, als Mensch unter Menschen zu leben.

Die Kundgebung fordert daher:

1. sofortige gemeinsame Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen aller Lohn- und Gehaltsempfänger der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sowie der Reichseisenbahn zur Erlangung eines zeitgemäßen Einkommens,
2. Bereitstellung von Mitteln zur Schuldentilgung für die rückliegende Zeit,
3. scharfe Maßnahmen der Reichsregierung zur Bekämpfung des Wuchers und seiner Auswüchse,
4. diese Entschließung dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung, der Reichsbahnhauptverwaltung und den Spitzenorganisationen in Berlin zu übermitteln.

Zur Eingemeindungsfrage

Die Breslauer städtische Deputation zur Behandlung der Eingemeindungsfragen hielt dieser Tage ihre erste Sitzung ab. Die Beratungen wurden eingeleitet durch einen Bericht über die Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Eingemeindungsverhandlungen und eine hieran anschließende allgemeine Aussprache. Hierauf wandte sich die Deputation den bereits vorliegenden Eingemeindungsverträgen zu und genehmigte den Abschluß der Verträge mit den Gemeinden Deutsch-Lissa (5000 Einwohner) und Klein-Tschansch (1700 Einwohner) sowie mit den Gutsbezirken Cawallen (150 Hektar), Friedewalde (91 Hektar), Zimpel (111 Hektar) und Barthelmen (etwa 60 Hektar).

Bentel'scher A-cappella-Chor. Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Breslauer Volksbühne veranstaltet der Bentel'sche A-cappella-Chor (85 Sänger) am Donnerstag, den 26. d. Mts., im Musiksaal der Universität ein Konzert unter Leitung von Kurt Bentel und unter Mitwirkung des Pianisten Franz Bollon. Eintrittskarten zu diesem Konzert erhalten die Mitglieder der Volksbühne zum Einheitspreis von 75 Pfg. in der Geschäftsstelle, Nichtmitglieder zu 4, 3 und 2 Mk. auch bei Hainauer.

Wie der christliche Zuchthausdirektor in Groß-Strehlitz Max Hoelz zur Verzweiflung treibt

Keine Besuchserlaubnis für die Ehefrau — Briefverweigerung — Zu Weihnachten darf Max Hoelz weder Besuch noch Pakete erhalten

Breslau, 23. November.

O, du fröhliche, o, du selige,
Gnade bringende Weihnachtszeit.

Die Gescheiterten und Geschorenen pflegen in der letzten Woche des Novembers bereits den Text für ihre Weihnachtspredigten auszuwählen. Auch der fromm katholische Zuchthausdirektor und Geistliche Herr Adamietz, sowie der ebenso gottesfürchtige Strafvollzugspräsident Herr Humann, beide ehrenwerte Mitglieder der von christlicher Nächstenliebe strotzenden Zentrumspartei, werden sicherlich bereits in der frommen Uebung begriffen sein. Besonders Herr Humann, der immer zu den Weihnachtsfeiern in den Gefängnissen erscheint, und mit schmerzdurchbebter Stimme betont, daß er die Gefangenen gerade am Fest der Liebe am meisten bedauere.

Wie die christliche Barmherzigkeit sich in der Praxis offenbart, wenn es sich um einen unbequemen politischen proletarischen Gefangenen handelt, das tat vor einigen Tagen ein Vorfall in Groß-Strehlitz gezeigt. Die Ehefrau des Genossen Max Hoelz, unsere Genossin Traute Hoelz hat schon seit Wochen keinerlei Nachricht von ihrem Mann erhalten. An Max Hoelz gerichtete Briefe und Geldsendungen wurden von der Anstaltsdirektion nicht angenommen und an die Absender zurückgewiesen. Ein vor längerer Zeit zugesagter Besuch der Genossin Hoelz wurde durch eine Depesche des Strafvollzugspräsidenten verhindert. Beunruhigt über das Ausbleiben jeder Nachricht fuhr Genossin Hoelz nun vor einigen Tagen nach Groß-Strehlitz. Sie war zu einem Besuch ihres Mannes um so mehr berechtigt, als nach dem Gesetz den Zuchthausgefangenen jeden Monat ein Besuch zusteht. Politische Gefangene erhalten in der Regel Besuche in kürzeren Fristen. Der Hochverräter und Putschist Hitler erhielt während seines Festungsaufenthaltes täglich mehrstündige Besuche und mußte sogar durch Zeitungsinserat seine Anhänger auffordern, ihn nicht so oft mit Besuchen zu behelligen. Dem Genossen Hoelz hingegen hat der fromme Strafvollzugspräsident seit dem 8. September keinen Besuch seiner Ehefrau gestattet. Der letzte Besuch war von außerordentlich knapper Dauer gewesen.

Wie verhielt sich nun die Anstaltsleitung angesichts der mehr als berechtigten Forderung der Genossin Hoelz, sich von dem Befinden ihres leidenden Lebensgefährten zu überzeugen? Zunächst ließ man die Genossin Hoelz dreiviertel Stunden lang vor dem Toreingang des Zuchthauses stehen, ehe man es für nötig hielt, ihr überhaupt einen Bescheid zu geben. Dann trat ein höherer Beamter, mit der typischen Zivilversorgungsschein-Physiognomie, mit dem Hut auf dem Kopf und der üblichen altpreußischen Kasernenhofhöflichkeit, ohne Gruß an sie heran und erklärte:

Bilden Sie sich nicht ein, daß Sie hereinkommen! Hoelz hat Besuchssperre bis zum 14. Januar.“

Und ohne danach gefragt zu werden, wie es mit dem Besuche zu den Feiertagen bestellt sei, setzte der „höfliche“ Beamte noch hinzu:

„Sie brauchen auch Weihnachten nicht zu kommen, das ist ganz überflüssig!“

Genossin Hoelz bat nun, den Direktor Adamietz sprechen zu dürfen. Anstatt, wie es seine Pflicht gewesen wäre, nunmehr die Genossin Hoelz in dem dazu befindlichen Warteraum warten zu lassen und dem Direktor den Wunsch der Genossin Hoelz zu unterbreiten, sagte der Beamte wörtlich:

„Warten Sie gefälligst auf der Straße!“

Als Genossin Hoelz keine Lust zeigte, wiederum dreiviertel Stunden oder noch länger in bitterer Kälte vor dem Tore des Zuchthauses zu stehen, ließ der Beamte einen Stapoleutnant holen, der in Gemeinschaft mit dem Schließer die Genossin Hoelz zum Tor hinauswies.

Nunmehr versuchte die Genossin Hoelz auf telephonischem Wege den Direktor zu sprechen. Der fromme Herr Zuchthausdirektor Adamietz ließ sich aber auf nichts ein und behauptete, keine Zeit zu haben. Immerhin aber war der Besuch unserer Genossin den Organen der Klassenjustiz und Polizei derart auf die Nerven gefallen, daß sie ihr Spitzel zum Bahnhof nachsandten, um sich zu überzeugen, ob Genossin Hoelz wirklich abreise. Auch im Zuge wurde die Bespitzelung weiter fortgesetzt.

*

So sieht die christliche Barmherzigkeit des Herrn Strafvollzugspräsidenten Humann und des Herrn Zuchthausdirektors Adamietz in der Praxis aus! Wir haben es längst aufgegeben, an das Rechts- oder Gerechtigkeitsgefühl des Herrn Strafvollzugspräsidenten zu appellieren, das wäre vergebliches Beginnen. Seitdem wir mit der Blendlaterne in die schlesischen Gefängnisse und Zuchthäuser hineingeleuchtet haben, markiert Herr Humann den starken Mann und glaubt seine Direktoren noch übertrumpfen zu müssen. **Wir fragen aber den Preußischen Justizminister, was er zu diesem Verhalten des schlesischen Strafvollzugsbeamten und der Verletzung der elementarsten Rechte der Gefangenen sagt?** Es ist ein unerhörter Skandal, daß man dem Genossen Hoelz seit Monaten den Besuch seiner Frau sperrt, alle Briefe verweigert, und ihm sogar zu Weihnachten das verweigern will, was die Gefängnisverwaltung sonst den schwersten kriminellen Verbrechern zugestehen muß: **Den Besuch seiner Angehörigen und den Empfang von Weihnachtspaketen.**

Wenn fromme Zentrumschristen in allen Kirchen „Stille Nacht, heilige Nacht ...“ singen lassen und von der Liebe Gottes im allgemeinen und der Liebe Jesus im besonderen predigen werden, wird Max Hoelz, der durch die fortgesetzten Schikanen körperlich und seelisch in der schwersten Weise gelitten hat, in seiner Zuchthauszelle sitzen und Betrachtungen über die christliche Nächstenliebe anstellen. Die Schuld an den Folterungen des Genossen Max Hoelz tragen nicht nur die Deutschnationalen bis zu den Demokraten, die die Strafaussetzung bis zum Wiederaufnahmeverfahren ablehnten, sondern auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtags, die gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien den kommunistischen Antrag niederstimmten. Die gesamte Arbeiterschaft, ohne Unterschied der Partei, wird mit flammender Entrüstung die Nachricht von der christlichen Vergeltung an Max Hoelz aufnehmen. Das Geplärre der Pfaffen von der stillen heiligen Nacht muß übertönt werden von dem Ruf der Arbeiterschaft, daß die Henkersknechte Wache halten über Tausende politische Gefangene, die in gleicher Weise wie Max Hoelz der christlichen Barmherzigkeit und republikanischen Gerechtigkeit des Klassenstaates ausgeliefert sind.

Argus.

Beschleunigter Abbau der Wohnungsämter verlangt

Der Minister für Volkswohlfahrt hat die Regierungspräsidenten ersucht, die Gemeindebehörden nachdrücklich anzuweisen, den weiteren Abbau der Wohnungsämter mit tunlichster Beschleunigung zu betreiben.

Erste Ergebnisse der Winterhilfe der RH. Schlesien

Von der RH. wird uns geschrieben:

Durch die Tätigkeit unserer Genossen und als Antwort auf unser Rundschreiben an die Geschäftswelt sind uns zur Verfügung gestellt worden:

In **Breslau:** Leinenhaus Bielschowsky 20,— M.; Wurstfabrik Mix, Gräbschener Straße 3,— M.; Smolchewer, Reuschestraße 47, 10 Dosen Leberwurst; Schlesische Strumpffabriken A. Seidemann, Graupenstr. 13, 5 Paar Kinderhandschuhe; Lion, Junkernstraße, 10 Pfd. Gretakakao; Baruch u. Sohn, 3 Kinderregenschirme und Levy, Reuschestraße, ein kleiner Wagen Brennholz.

Von Genossin Stuhr Spielzeug und zwar: 3 Puppen, 1 Automobil, 1 Eisenbahn. Von Genossin Hoelz: 1½ Pfund Nudeln, 1 Pfd. Kokosfett, 1 Pfd. Makkaroni, 2 Haarschleifenbänder, 1 Kinderjumper, 1 Kinderhose und ein Paar Kinderstrümpfe.

Aus **Lauban:** M. u. J. Krüger, Weberstraße, 1 Paar braune Strümpfe; Strumpfgeschäft Reichelt, 1 Paar schwarze Strümpfe; Wollwarengeschäft Bachmann, 1½ Lagen schwarze Wolle; Schuhwarengeschäft A. Schneider, 1 Paar Pantoffeln; Gertrud Danziger, 1 Mädchenhemd; Strumpfgeschäft Ludwig, 1 Paar Kinderhosen; Julius Mosler, Markt, 1 Paar Kinderhosen und einen blauen Kinderpweater.

Aus **Fellhammer:** von einem Fleischer 4 Pfd. Wurst.

Das ist bis jetzt ein sehr geringes Ergebnis. Es liegt an unseren Genossen mehr zu erhalten. Die gemachten Erfahrungen zeigten uns, daß, wenn es unsere Genossen und Genossinnen verstehen, den Geschäftsleuten usw. die Not der politischen Gefangenen und deren Familien klar zu machen, sie nie leer aus dem Laden gehen.

Das bisher Gesammelte reicht noch lange nicht aus, um in Schlesien eine wirkliche Winterhilfe durchzuführen. Darum: Schafft Winterhilfe!

Einstellungsgesuche an den Magistrat

Das Presseamt berichtet:

Beim Magistrat gehen täglich Gesuche von Personen ein, die sich um Beschäftigung als Büroangestellte bewerben. Eine Anzahl von Gesuchen wird an den Oberbürgermeister, den Bürgermeister, an die Dezernenten oder an Stadtverordnete persönlich wohl in der Hoffnung gerichtet werden, daß hierdurch eine vorzugsweise Behandlung stattfinden werde. Die Einreichung aller solcher Gesuche ist zwecklos. Neueinstellungen nicht ständiger Büroangestellter finden nicht mehr statt, die Zahl der vorhandenen Kräfte wird weiter — auch nach Aufhebung der Personalabbauverordnung — weiter vermindert, wie sie auch schon vor der Personalabbauverordnung ständig verringert worden ist. Lediglich zu außergewöhnlichen, nur kurze Zeit dauernden Arbeiten muß von Zeit zu Zeit eine Anzahl von Aushilfskräften für den Bürodienst eingestellt werden. Diese Aushilfskräfte werden aber vom Magistrat (Hauptbüro) nicht unmittelbar angenommen, vielmehr vom Arbeitsnachweis (Ursulinerstr. 27/28) abgerufen. Dort müssen alle zunächst alle diejenigen Angestellten gemeldet sein, die für kurze Zeit beim Magistrat beschäftigt werden wollen. Mit dem Arbeitsnachweis ist eine Vereinbarung getroffen worden, daß als Aushilfskräfte nur solche beim Arbeitsamt gemeldete Angestellte abgerufen und von ihm überwiesen werden, die bereits in der städtischen Verwaltung tätig gewesen und wegen Verringerung der Angestelltenzahl früher entlassen worden sind. Unter ihnen werden diejenigen bevorzugt, welche sich bewährt hatten, für den Unterhalt mehrerer Angehöriger zu sorgen haben und seit längerer Zeit erwerbslos sind. Die bei der städtischen Verwaltung hiernach etwa noch eingehenden Gesuche werden daher dem Arbeitsamt oder, falls eine Bearbeitung des Gesuchs durch das Wohlfahrtsamt in Frage kommt, auch dorthin geleitet, ohne daß ein besonderer Bescheid vom Hauptbüro gegeben wird. Aus den gleichen Gründen ist die mündliche Anbringung von Einstellungsgesuchen durch die Gesuchsteller selbst oder durch Mittelspersonen im Hauptbüro oder bei den eingangs erwähnten Personen zwecklos.

Achtung Striegauafahrt! Kameraden des RFB. Breslau

Sämtliche Kommunisten, die an der Striegau-Autofahrt teilnahmen und sich entsinnen, als wir auf der Rückfahrt in Canth haltmachten, mir die Gastwirtin Frau Ottilie Bahr beim Verlassen des Lokals eine Lederschildmütze übergab, mit dem Bemerken, daß dieselbe liegen gelassen wurde, melden sich beim Kameraden Pyka, Jahnstr. 29 II.

★ Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau. Dienstag, 6½—8 Uhr, Junge Garde abrechnen. Ortsgruppenleiter. Bis zum 28. November an BL. Lose abrechnen.

Roter Frontkämpfer-Bund

Breslau.

— **Ortsleitung Breslau.** Dienstag, 7½ Uhr, Drebnitzer Str. 15. Sitzung Abteilungsführer nehmen teil.

— **Bez. West.** Montag, 7½ Uhr, Kameradschaftsabend b. Mob.

— **Bez. Nord.** Montag, 7½, b. Matschin, Adlerstr. 7, Mitgliederversammlung. Jungsturm nimmt teil.

— **Bez. Zentrum.** Montag, 7½ Uhr im Turmhof, Neue Antonienstraße, Generalversammlung. Funkt eine Stund. früher.

— **Bez. Süd.** Montag, 7 Uhr, b. Feltner, Siebenhufener Str. 88 Versammlung. Sammellisten mitbringen.

— **Gruppe Nordost.** Mittwoch, abds. 8 Uhr, Gruppenversamml. Hirschstr. 6. Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht.

Versammlungsanzeigen

— **Metallarbeiter der KPD.** Mittwoch, den 25. 7½ Uhr, Fraktionssitzung im Lokal „Zur Stadt Wien“, Malergasse.

— **Steinarbeiter.** Sonnabend, 7 Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 12, Kassentag; 8 Uhr: Versammlung.

— **Prolet. Freidenker.** Mittwoch, 25. Nov., 4 Uhr im G.-H. Lichtbildervortrag.

Sparen! Sparen! Sparen!

Marienhütte in Kotzenau.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Wie diese Sparsamkeit bei den Kapitalisten aussieht, wollen wir folgend skizzieren. Der alleinige frühere Direktor Hillenberg ließ zur Bequemlichkeit der Arbeiter ein hinteres Tor errichten, da das Zentrum der Stadt Kotzenau im Hintergrunde des Werkes liegt; er ging sogar so weit, daß er Häuser in der Nähe des hinteren Tores errichten ließ. Aber es war nur ein kurzer Traum. Ein Kriegsinvalide, welcher als Pförtner angestellt war, und sage und schreibe einhundert Mark pro Monat erhielt, kann man aus angeblicher Not des Werkes nicht mehr bezahlen. Darum wurde das Tor geschlossen. Aber wie diese Not aussieht, wollen wir folgend feststellen. Früher ein Direktor, jetzt vier Direktoren, welche sich wohl nicht wie wir Arbeiter mit einem Trinkgeld abspeisen lassen. Wir wollen noch eine Werkstatt (Gießerei) erwähnen: früher ein Betriebsleiter, ein Meister; jetzt ein Ingenieur, ein Diplom-Ingenieur, ein Betriebsleiter, ein Meister, ein Zeichner, ein Schreiber. So ist es im Durchschnitt in jeder Werkstatt. Da wäre es wohl viel besser, bei diesen Herren anfangen abzubauen, da spart man gewiß mehr als einhundert Mark monatlich. Aber es spart sich ja viel besser auf Kosten der Arbeiter, denn wir sind ja nur allein die Leidtragenden, da wir gezwungen sind, erst um die ganze Mordbude herumzumarschieren, um endlich in unsere Knochenmühle zu gelangen. Für die Herrn Angestellten ist es wohl eine Erholung, denn 2 Stunden Mittagsruhe hat ein Arbeiter nicht. Ihr Arbeiter von der Marienhütte, soweit durfte es nicht kommen, denkt daran, wie in jener Zeit, als ihr noch einig ward und einer von den Herrn mit der Stubiarre Bekanntschaft machte, hätte man euch solches nicht geboten. Darum raft euch auf, erwacht aus eurem Schlummer, seid wieder einig, organisiert euch im DMV., tretet ein in die Reihen eurer Kämpfer, in die Kommunistische Partei, die allein eure Interessen vertritt, abonniert die Kommunistische Presse und vergeßt nicht, am 29. November dieser Kapitalistenbrut und ihren Henchlern die Quittung zu geben! Wählt die Liste der Kommunisten.

Ein netter Dienststellenleiter

Güterabfertigung West in Breslau.

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Der Einheitsverband Deutscher Eisenbahner berief am Freitag, den 13. November, eine öffentliche Eisenbahnerversammlung ein. In dieser sprach der österreichische Kollege Smeikal über Lohn- und Gehaltspolitik der deutschen Eisenbahner und das herrschende Ausbeutersystem. Zur Bekanntgabe der Versammlung wurden Handzettel und Plakate herausgegeben, um diese in den Betrieben anzukleben und zu verteilen. Herrn Amtmann Breuniger waren die Worte Verlumpung und Verelendung eine Aufreizung der Arbeiter gegen die Verwaltung und mußte er natürlich als guter Dienststellenleiter, der gleich die Hosen voll hat, um dieses Jahr noch eine Gratifikation zu erhalten, dafür sorgen, daß diese Plakate entfernt werden. An den Betriebsrat gewandt, stellte er fest, wer diese ungeheuerlichen Plakate geklebt hat. Um der Verwaltung zu zeigen, daß er ein gewandter und tüchtiger Dienststellenleiter ist, mußte das Telephon hinhalten und eine Instanz nach der andern wurde befragt, ob nicht das zum Klassenkampf aufreizende Plakat entfernt werden darf. Dieses wurde ihm natürlich wie nicht anders zu erwarten war, erteilt und so mußte der Betriebsrat diese Plakate entfernen. Die Belegschaft stellt den Betriebsrat zur Rede, warum er das Plakat herunterreißt, da erklärte dieser, dies auf Anordnung des Dienststellenleiters tun zu müssen.

Ein Plakat, welches der Arbeiterschaft die nackte Tatsache sagt, wie es für sie geht und wie sie von seiten der Staatseisenbahnverwaltung behandelt wird, muß herunter. Plakate und Schriften von extreakionärem Charakter, welche eine Verhöhnung der Republik sowie der Arbeiterschaft darstellen, hängen zu Dutzenden. Wir erinnern nochmals an den Wartesaal 3. Klasse in Raudten, der mit schwarz-weiß-roten Fähnchen geschmückt ist, das Buffet ist mit Hakenkreuzen geschmückt. Dies alles geschieht vor den Augen der wohlwollenden Direktion. Diese Herren genieren sich nicht, Gehalt und Gratifikationsgelder von der Republik zu nehmen. Es wird Pflicht des Eisenbahnerverbandes und der darin organisierten Kollegen sein, mehr als bisher sich um die hochwohllöbliche Direktion sowie deren Dienststellen zu kümmern, und wo derartige Provokationen stattfinden, diese zu veröffentlichen, damit man erfährt, wessen Geist die Staatseisenbahn ist, ob sie dazu geschaffen ist, der Republik oder dem Faschismus zu dienen.

Etwas aus den Aronwerken in Schweidnitz

Detektiv Denke

Daß heut die Arbeiterschaft nicht nur in ihren Freistunden bespitzelt wird, sondern auch auf ihrer Arbeitsstelle, haben wir schon genügend geschrieben. Wenn man aber bisher annahm, daß dies es nur geschieht in Betrieben, wo sich die Arbeitgeber deutschvölkisch oder deutschnational nannten, sondern auch in Betrieben, wo man demokratische Direktoren hat, beweist die Firma Aron. In diesem Betriebe, wo man dauernd von unproduktiven Arbeitskräften redet, schadet es aber nichts, daß eine Kraft, wie der Detektiv Denke für Spitzelei einen schweren Gehalt erhält. Diesem Herren seine Beschäftigung besteht darin, die Arbeiter auf Schritt und Tritt zu bewachen, denn des öfteren ist jetzt schon in den Abendstunden bemerkt worden, daß er sich in ein stilles Eckchen stellt und von dort die Arbeiter beobachtet, um sie bei der Direktion in schlechtes Licht zu stellen. Außerdem versucht er auch die Meister auszuhorchen, er versteht es ausgezeichnet, die Meister gegeneinander zu hetzen, um von einem mehr zu erfahren als vom anderen. Wir warnen die Arbeiter, sich vor diesem Spitzel vorzusehen.

Die uneinigen Meister

In letzten Tagen haben sich Bilder abgespielt, welche beweisen, daß einige Meister keine besonderen Geistesblüten sind. Da ist z. B. der Meister Z., welcher schon längere Zeit bei der Firma Aron beschäftigt ist, selbiger hat aber das Vergnügen gehabt, einen Meister noch hinzuzubekommen für die Ausbeutung der Kollegen. Dieser Meister A. ist nun etwas warm geworden in diesem Amt und versucht nun den Meister Z. hinauszubringen aus dem Betriebe, dazu ist ihm jedes Mittel recht, wenn es gleich die fähigsten sind. Ein Meister verhetzt den andern bis zum Ingenieur Hoffmann. Aber am schärfsten ist Detektiv Denke. Dieser versteht es ausgezeichnet, einen Meister gegen den anderen auszuspielen und erfährt vieles, was nicht notwendig ist. Daß diese Herren aber noch Feiglinge sind, beweist folgender Vorfall. Der Meister A. machte den Meister Z. den Vorwurf, daß in seiner Abteilung nur Faulenzer sind. Als das die betreffenden Kollegen der Abteilung erfuhren, sofort große Aufregung, Einstellung der Arbeit, verlangten von der Direktion nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis dieser betreffende Meister A. aus dem Betriebe fliegt. Das traurigste dabei war, daß Meister Z. so feige war, zum Schluß zuzugeben, daß dieser Vorwurf in einer anderen Redewendung gefallen ist. Dieser Vorfall beweist, daß die Meister heut noch hinter den Arbeitern stehen, statt gemeinsam mit den Arbeitern im Betriebe für bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zu kämpfen, versuchen sie sich gegenseitig herabzusetzen, um ja ihr Pöstchen zu behalten. Traurige Angestellte!!

..bgebaut

sollen nicht nur die Arbeiter werden, sondern auch die Meister. Dieser Tage wurden sechs bis sieben Meister nach dem Kontor gerufen, wo ihnen die Mitteilung wurde, daß die Kündigungsfrist von sechs Wochen wegfällt, daß sie also nach sechs Wochen jede Minute sicher sind, zu fliegen. Diese Maßnahme geschieht nicht deshalb, weil man ein paar Aufseher weniger beschäftigen will, sondern weil sie zu viel Gehalt bekommen, deshalb müssen ein paar ältere Meister verschwinden, an deren Stelle jüngere Kräfte gesetzt werden, welche mit mehr Interesse an die Ausbeutung der Arbeiterschaft herangehen. Ueberhaupt soll bei sämtlichen Meistern die Kündigungsfrist wegfallen. Eigentlich müßte man es den Meistern gönnen, denn um Organisation bekümmern sich diese Herren überhaupt nicht mehr, wieviel weniger erst um Aufstellung eines Angestelltenrates. Wir möchten nur sämtlichen Meistern raten, endlich mal mit dem Abbau der Akkordpreise aufzuhören, denn es kommt auch der Tag für sie, wo sie ihre Belohnung erhalten und selbst abgebaut werden. Stellt Euch lieber an die Seite der Arbeiter und nehmt den Kampf gemeinsam auf gegen die willkürliche Entlassung. Leider haben die Herren Meister vergessen, daß sie auch einmal Arbeiter waren, daß ihnen in nächster Zeit es auch wieder bevorstehen kann, am Schraubstock oder Drehbank zu arbeiten; werdet auch klassenbewußt. Ihr gehört nicht an die Seite der Ausbeuter, sondern an die Seite der Ausgebeuteten. Wenn Ihr dieses erkannt habt, wird man auch mit den Angestellten nicht mehr so rigoros verfahren.

Ein Mann ein Wort

So denken und handeln die Arbeiter der Firma Aron, aber nicht der Herr Direktor Schodes. Als die ersten Entlassungen vorgenommen wurden, ist versprochen worden, zunächst wirtschaftlich Stärkere zu entlassen, was aber bis heut noch nicht getan worden ist, weiter sollten vor allem zur Entlassung kommen die Arbeiter, welche ihren Wohnsitz auf dem Lande haben. Aber gerade das Gegenteil ist eingetreten. Entlassen wurden die Kollegen aus der Stadt und Leute welche ein Haus oder gar Stellenbesitzer sind, bleiben im Betriebe. Vor allem tut sich bei Entlassungen, wo es sich um Schweidnitzer handelt, der sozialdemokratische Werkmeister W. hervor, welcher im Nebenamt Kreistagsabgeordneter, Gemeindeschöffe usw. ist, nicht zu vergessen auch noch Bananenanführer. Dieser Herr hat seine ganze Abteilung noch besetzt mit Grädtbern, weil sie alle Reichsbananen sind. Dieser Herr Sozialdemokrat kann genau so wenig wie der demokratische Direktor, keine aufgeklärten Arbeiter riechen, denn es könnten sonst ein paar aufgeklärte Arbeiter in diese Abteilung kommen, wenn seine Grädtber Freunde entlassen würden. Wie diktatorisch dieser Meister seine Macht ausübt, zeigt, daß er wohl einige entlassen hat, die nicht im Reichsbanner sind oder mindestens ausgetreten sind. Auch gibt es Arbeiter, die gern die komm. Presse lesen würden oder gar der Partei beitreten würden, aber sie haben Angst, daß sie bei Verteilung von Acker in ihrem Dorf und bei anderen Gelegenheiten zu kurz kommen würden, genau so im Betrieb bei der Vergebung von Arbeit. Es wird notwendig sein, daß der demokratische Direktor sich etwas bei den Entlassungen auf sein gegebenes Wort besinnt, damit nicht solche große Ungerechtigkeiten vorkommen als bisher und hauptsächlich bei Entlassungen sein Augenmerk auf die Abteilung W. legt.

Unrecht und Recht

Unrecht hat man getan, als man vor einiger Zeit einem Unterkassierer des DMV. eine Geldtasche mit bedeutendem Inhalt, welche derselbe liegen gelassen hat, gestohlen hatte. Recht haben die Kollegen getan, als sie sofort eine Sammlung machten und so dem Kassierer die Summe ersetzten. Da es gerade einen Kollegen betraf, der vier Kinder hatte, ist es um so mehr erfreulich.

Denkt daran

daß bisher es nur die komm. Presse war, welche bisher in euren Betrieb hineingeleuchtet hat und mit seinen Artikeln doch des öfteren erreicht hat, daß manche Ungerechtigkeiten abgestellt worden sind. Leider sind es immer noch zu wenig Abonnenten im Betrieb Aron gegenüber der Belegschaftsstärke. Denkt daran, so gut unsere Presse und die Kommunisten Euch in Eurem Kampfe unterstützen, ebenso gut müßtet Ihr auch sie unterstützen. Dies könnt Ihr tun, Ihr Arbeiter von Aron, indem Ihr Leser der komm. Presse werdet und am 29. November Eure Stimme der Kommunistischen Partei gebt.

Wird der Reichstag den Beamten noch vor Weihnachten helfen?

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben:

Die Not der Beamten in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen ist in weiten Kreisen der Oeffentlichkeit nicht nur durch die Presse, sondern auch durch bedenkliche Zerfallserscheinungen der Beamtenhaushalte, die sich jedem unvoreingenommenen Beobachter des täglichen Lebens geradezu aufdrängen, gut bekannt. Besonders hart muß die Not in den Wintermonaten mit ihren erhöhten Krankheitsziffern und dem Zwang zu vermehrten Ausgaben für warme Bekleidung empfunden werden. In langen Jahren hat sich die Gewohnheit herausgebildet, die allernotwendigsten Ergänzungen an wärmender Kleidung und Schuhwerk sich um die Weihnachtszeit zu beschaffen, um auf diese Weise den Familienangehörigen eine bescherdene Weihnachtsfreude zu ermöglichen. Diese Gewohnheiten sind von Jahr zu Jahr so eingeschränkt worden, daß viele Beamtenfamilien, besonders die der unteren Besoldungsgruppen, heute mit großer Sorge dem Zeitpunkte entgegensehen, wo ihr letzter Kleider- und Schuhbestand aufgebraucht ist.

Es wird in der Oeffentlichkeit nicht nur Verständnis, sondern auch Zustimmung hervorrufen, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenbund in einem dringenden Schreiben an die Fraktionen des Reichstages und an den Reichstag selbst nach eingehender Darstellung der sofortige Hilfe verlangenden Situation gefordert hat, daß der Reichstag auch aus wirtschaftlichen, staatspolitischen und moralischen Gründen heraus, dafür sorgen, daß die unteren und mittleren Besoldungsgruppen der Beamtenschaft in die Lage versetzt werden, sich sofort (also noch vor Weihnachten) aus ihrer Verschuldung zu befreien. Außerdem ist gefordert worden, daß sie fortlaufend solche Bezüge erhalten, daß sie ein menschenwürdiges Dasein führen können und außerdem nicht wieder in die Zwangslage versetzt werden, neue Schulden machen zu müssen. Zu dem Grundgehalt ist bekanntlich im November ein Zuschlag von 12½ Prozent bewilligt worden. **Eine Erhöhung dieses Zuschlags von 12½ auf 20 Prozent würde aber nur eine so geringe finanzielle Aufbesserung der Gehälter der unteren und mittleren Besoldungsgruppen bringen, daß über diese im Sommer dem Reichstag abgelehnte Forderung erheblich hinausgegangen werden muß.** Würde der Reichstag einer Erhöhung des Zuschlags auf 30 Prozent zustimmen, dann würde das Anfangsgehalt der Besoldungsgruppe 3 um 14,— bei einer Erhöhung auf 40 Prozent um 22 Mark, auf 50 Prozent um 30 Mark, auf 60 Prozent um 38 Mark monatlich aufgebessert werden. Man ersieht hieraus, wie gering die Beträge sind, die selbst bei hundertprozentigen Erhöhungen des Grundgehaltes herauskommen, besonders wenn man sie in Beziehung bringt zu dem großen Elend, das in den unteren Besoldungsgruppen Platz gegriffen hat.

Wie die letzten amtlichen Steuerausweise bestätigen, entwickeln sich die Steuereinnahmen weiter außerordentlich günstig. Die Gesamteinnahmen des Reiches betragen in den 7 Monaten dieses Steuerjahres (April bis Oktober) 4258 Millionen Mark gegenüber einem Voranschlag von 3356 Millionen Mark; es ist also ein

Ueberschuß von 562 Millionen Mark

zurzeit vorhanden, von dem nur ein bescheidener Bruchteil genügen würde, um den Beamten eine fühlbare in ihrer Not zu bringen. Die Einwände, daß die Erhöhung der Beamtengehälter Lohnerhöhungen nach sich ziehen würde, sind hinfällig, weil die Arbeiter im letzten Jahr ganz beträchtliche Lohnerhöhungen erkämpft haben, ohne daß die Bezüge der Beamten aufgebessert wurden. Auch die Bedenken einer Preissteigerung mit denen alle Vorschläge bisher abgelehnt wurden, erwiesen sich als unbegründet. Wahrscheinlich würde eine Aufbesserung der Bezüge nur dazu benutzt werden, um die vorhandenen Schulden, soweit wie irgend möglich abzutragen. **Auf diese Weise könnte auch der Kreditnot, gerade in Kleinhandelskreisen, etwas abgeholfen werden.** Die Beamtenschaft sieht mit großer Spannung den Entscheidungen des Reichstages entgegen. Der Reichstag ist die letzte gesetzmäßige Instanz, an die sich die verzweifelten Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen durch ihre Organisationen wenden können. Hoffentlich beweisen die politischen Parteien genügend Einsicht und führen die vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund verlangte Notstandsaktion so durch, daß die Lebensnotwendigkeiten der Beamten, nicht zuletzt auch im Interesse der Wirtschaft selbst, gesichert werden.

*

Die Forderung der Beamten nach sofortiger Hilfe wird von der kommunistischen Fraktion im Reichstag unterstützt werden. Bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages aber ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Schreie der verzweifelten und verschuldeten Beamten taube Ohren finden und alle Anträge, die eine 30prozentige Erhöhung der Zuschläge fordern, abgelehnt werden. Die Beamten sollten aus den Maiwahlen 1924, aus den Dezemberwahlen und den Neuwahlen gelernt haben, wie wenig sie auf die Versprechungen der Völkischen, Deutschnationalen, Volkspartei, Zentrum, Demokraten geben können. Und wie es mit der „Beamtenfreundlichkeit" der Sozialdemokratie aussieht, zeigt der Artikel „Konzerninteressen wichtiger als Beamteninteressen", den wir an anderer Stelle veröffentlichen.

Die „Einwände" der Regierung und ihrer kapitalistischen Auftraggeber, daß die Erhöhung der Beamtengehälter eine Erhöhung der Löhne nach sich ziehen würden, sind lediglich dazu bestimmt, einen Keil zwischen Arbeiter- und Beamtenschaft hineinzutragen. Es wäre daher richtiger, wenn die Beamtenorganisation diese „Einwände" als Zersplitterungsversuch entlarvte, statt zu behaupten, daß die Arbeiter im letzten Jahr „beträchtliche Lohnerhöhungen erreicht haben". Fest steht, daß nur kleine Schichten der Arbeiterschaft geringe Lohnerhöhungen durchgekämpft haben, während der Reallohn der Arbeiterschaft ebenso gesunken ist, wie die Realgehälter der unteren Beamten. Ebenso verschuldet wie die unteren Beamten, ist die überwiegende Mehrheit der Arbeiterschaft. Arbeiter und Beamte gehören daher in eine Kampffront. Je größer die Zahl der Beamten ist, die am 29. November kommunistisch wählen, um so stärker sind die Aussichten für Erfüllung der Beamtenwünsche. Wenn Hunderttausende Beamte sich in die rote Front einreihen, wird auch die Regierung trotz aller Schwerfälligkeit erkennen, daß es mit der sprichwörtlichen Lammsgeduld aus ist. Deshalb Beamte, wählt in eurem eigenen Interesse am 29. November **die Liste der kommunistischen Partei.**

Partei in Not – – Helft der Partei!